P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

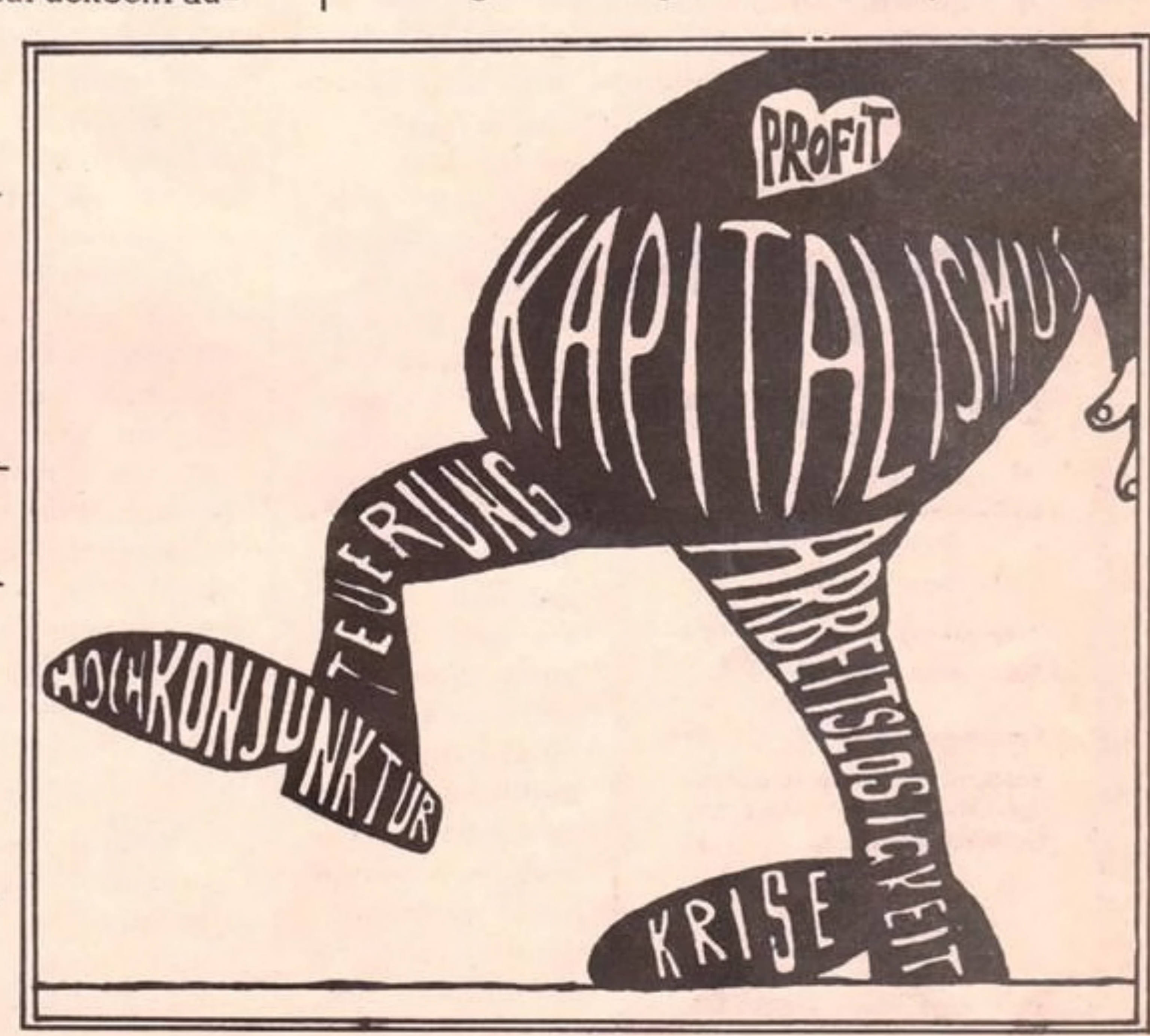
NUMMER 151 | 4. Ausgabe 1974 | EINZELPREIS S 5,-

DER KAPITALISMUS MUSS GESTÜRZT WERDEN

wenn es keine Angst vor dem Morgen geben soll !

Energiekrise, Währungsmisere, Inflationsrate, Rückgang der Sparneigung, Flucht ins Gold und in die Sachwerte, Entwicklungsverlangsamung und Nullwachstum, Zahlungsbilanzdefizit, Importdrosselung, Kreditrestriktionen, Stabilisierungsanstrengungen, Sparprogramme, Zurückschrauben der Ansprüche, Konsumverzicht, Inkaufnehmen höherer Arbeitslosenzahlen, Vorrang des Rentabilitäts-denkens, Abbau der Soziallasten, Lohnbremse usw. usf. - solche und ähnliche Schlagworte und Begriffe beherrschen heute die offizielle und inoffizielle wirtschaftspolitische Diskussion in Österreich. Es sind Worte und Formulierungen, die penetrant an das Vokabular der ausgehenden Zwanzigerjahre erinnern und von denen mancher glaubte, daß sie für immer der Vergangenheit angehörten. Die Plötzlichkeit, mit der sie nun wieder in den täglichen Wortschatz der Mandatare, Leitartikler und Wirtschaftsexperten, der Unternehmersprecher und der Gewerkschaftsbürokratie zurückgekehrt sind, beweist, wie illusionär das war und daß die Wahrheit ganz anders aussieht.

Um ihre Hirngespinste vom "friedlich-parlamentarischen Weg zum Sozialismus" etwas glaubwürdiger zu machen, haben die



Moskauer Revisionisten und ihre österreichischen Papageien jahrelang darüber fabuliert, daß sich der Kapitalismus geändert habe, daß er gelernt habe, Krisen weitgehend zu vermeiden, daß er viele seiner alten Gebrechen und Übel gemildert oder sogar überwunden habe, weil er sich das unter den heutigen Bedingungen "einfach nicht mehr leisten kann", daß man daher den "modernen Kapitalismus" nicht mit dem alten, "klassischen" Kapitalismus von früher vergleichen könne. Als Schlußfolgerung ergab sich mehr oder minder deutlich, daß also auch die alten, klassischen Erkenntnisse des Marxismus von der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes des Kapitalismus, von der Unausweichlichkeit der proletarischen Revolution und der Errichtung eines Staates der Arbeitermacht - der Diktatur des Proletariats - überholt und unrichtig geworden seien.

Die KP-Revisionisten nützten bei dieser lügnerischen Abwiegelungspropaganda weidlich den Umstand aus, daß sich der Kapitalismus nach Ende des 2.Weltkriegs in vielen Ländern kräftig und scheinbar ohne besondere Störungen entwickelte, daß der Weltkrieg mit seinen ungeheuren Verwüstungen wesentliche Funktionen einer kapitalistischen Krise erfüllt und der durch diese immensen Schäden verursachte Nachholbedarf eine relativ lang dauernde und besonders ausgeprägte Phase kapitalistischer Hochkonjunktur ermöglicht hatte. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die der Welt soeben den Faschismus und den blutigsten Krieg aller Zeiten beschert hatte, zeigte sich danach mit vergleichsweise freundlichem Gesicht, mit hektisch geröteten Wangen, die strotzende Gesundheit vortäuschten. Die bis ins Mark gehende Fäulnis und Zersetzung dieser Gesellschaftsordnung, ihre unheilbaren Gebrechen zeigten sich vorübergehend nicht so deutlich und ermöglichten den diversen Agenturen des Kapitals, den bürgerlichen und sozialdemokratischen Führern aller Sorten und schließlich auch ihrem "linken" Blinddarm, den KP-Revisionisten, allerlei neue und neueste "Theorien" zu erfinden, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beschönigen und zu verklären, den Kampf gegen sie zu sabotieren und die arbeitenden Menschen mit Illusionen zu betäuben.

Im Grunde ist eine solche Situation nicht neu. Es gibt sie nicht zum erstenmal in der Geschichte. Das erste große Beispiel dafür waren die Jahrzehnte unmittelbar vor und um die Jahrhundertwende. Eine ganze Generation lang hatte sich der Kapitalismus damals als aufwärtsstrebend und vorwärtsführend, als relativ friedlich und weitgehend krisenfrei dargeboten. Die verhältnismäßig lange Konjunkturperiode brachte dem arbeitenden Volk damals eine Reihe von relativ leicht durchsetzbaren Errungenschaften, sozialen Reformen und Erleichterungen. Aber sie brachte zugleich auch eine gewaltige Flut von falschen Hoffnungen über das Wesen und die weitere Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft hervor und bildete den entscheidenden Nährboden für die Verwandlung zahlreicher sozialdemokratischer Parteien aus ursprünglich marxistischen, also revolutionären Parteien, in opportunistische, reformistische und revisionistische Organisationen, die das arbeitende Volk schmählich im Stich ließen, als der Kapitalismus bald nach der Jahrhundertwende sein wahres Gesicht zeigte und die Welt in die Katastrophe des Ersten imperialistischen Weltkrieges stürzte. Einzig und allein in dem Land, in dem sich eine entschlossene Gruppe unbeirrbarer Revolutionäre unter Führung Lenins und Stalins der sozialdemokratischen Entartung entgegenstellten und eine Partei bildeten, die nicht von der Oberfläche der Erscheinungen her urteilte, sondern den Dingen auf den Grund ging, eine gründliche wissenschaftliche Analyse der neuen Entwicklungsetappe des Kapitalismus vornahm und daraus die notwendigen revolutionären Konsequenzen zog - einzig und allein dort endeten Kriegs- und Nachkriegsereignisse nicht mit einer Niederlage der Völker, sondern mit der ersten siegreichen proletarischen Revolution.

So sicher, wie der relativ friedlichen Entwicklungs- und Konjunkturperiode des kapitalistischen Systems vor und um die Jahrhundertwende das dicke Ende unvermeidlich und unaufhaltsam folgte, so sicher hat

auch die relativ friedliche und ungestörte Entwicklungs- und Konjunkturperiode des Kapitalismus, die nach dem 2.Weltkrieg einsetzte, ihre G r e n z e n . Wenn sich bisher auch noch nicht alle Triebkräfte der Konjunktur erschöpft haben und ihre Begleitumstände noch einige Zeit weiterwirken, werden diese Grenzen dennoch bereits immer deutlicher sichtbar und spürbar. Wer heute Augen hat zu sehen und Ohren um zu hören, dem wird schon immer klarer, w o h i n d i e R e i s e g e h t .

Die augenfälligste Erscheinung der zu Ende gehenden Konjunktur und des Anbruchs einer Periode schwerer wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen ist die sich rasch beschleunigende I n f l a t i o n . Für eine dünne Schichte kapitalistischer Profitmacher und für den kapitalistischen Staat eine Quelle ungeheurer Bereicherung, ist diese Inflation für die Massen des Volkes ein folgenschwerer Aderlaß. Die Inflationspolitik ist eine der infamsten Ausbeutungs- und Ausplünderungsmethoden, über die das Kapital und sein Staat verfügen, weswegen sie sich dieses Mittels - allen gegenteiligen Beteuerungen zum Spott - b e w u ß t und s y s t e m a t i s c h bedienen (was freilich nicht ausschließt, daß sie schließlich die Kontrolle über die von ihnen selbst in Bewegung gesetzten Mechanismen verlieren).

Erstmals in der Geschichte der 2.österreichischen Republik ist es im Zuge dieser Inflationspolitik dazu gekommen, daß sich in der Entwicklung der Realeinkommen der arbeitenden Massen eine U m k e h r des Entwicklungstrends ergab. Das während der wichtigsten Konjunkturjahre zu verzeichnende l a n g s a m e A n s t e i g e n der Reallöhne, das heißt ihr nur r e l a t i v e s Zurückbleiben hinter dem Wachstum der Profite, hat jetzt offenbar einer S t a g n a t i o n der Entwicklung der Reallöhne Platz gemacht und ist dabei, eine Periode a b s o l u t e n S i n k e n s d e r M a s s e n k a u f k r a f t - bei unverminderter "Profitexplosion" - einzuleiten. Anders ausgedrückt heißt das, daß die Entwicklung gegenwärtig von der relativen zur absoluten Verelendung breiter Massen fortschreitet, wobei zunächst der Kern der Industriearbeiterschaft noch nicht so betroffen ist wie verschiedene andere Schichten des arbeitenden Volkes (Rentner, zahlreiche Kleingewerbetreibende und die Massen der kleinen Bauern).Es heißt weiter, daß sich die für den Kapitalismus seit jeher typische und folgenschwere P o l a r i s i e r u n g von Armut auf der einen und Reichtum auf der anderen Seite wieder beschleunigt, womit sich die sozialen Klüfte und Spannungen unvermeidlich vertiefen, die Klassengegensätze und Klassenkämpfe zwangsläufig verschärfen müssen.

Die Umkehr des Entwicklungstrends bei den Reallöhnen findet auch in den bekanntlich unverschämt "frisierten" offiziellen Statistiken einen gewissen Ausdruck. So haben die "Statistischen Nachrichten" kürzlich eine Volkseinkommensrechnung für 1973 veröffentlicht, derzufolge die österreichischen Arbeiter und Angestellten im Jahre 1968, als sie 73 Prozent der Bevölkerung bildeten, insgesamt 66,2 Prozent des "Volkseinkommens" erhielten, im Jahre 1973 dagegen, als ihr Anteil auf 78 Prozent der Bevölkerung gestiegen war, n u r m e h r 6 5 , 6 P r o z e n t dieses Einkommens. Ihr Anteil am Sozialprodukt s i n k t , obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung s t e i g t , ganz zu schweigen von ihrer stark gestiegenen Arbeitsleistung, der viel höheren Produktivität der Arbeit usw.

Diese Zahlen sind umso alarmierender, als in ihnen ja einerseits die enorm gewachsenen Bezüge der führenden kapitalistischen Manager, Direktoren und Generaldirektoren mit den Arbeiterlöhnen in einen Topf geworfen sind und andererseits auch alle Einkommen von "Selbständigen" - vom kleinen Schüsserlgreißler an der Ecke bis zu Mautner-Markhof und vom Kleinstbauern bis zum Fürsten Esterhazy - zu einer gemeinsamen Kategorie vermanscht sind. Eine derartige Manipulation hilft bekanntlich nicht nur, die fortschreitende Auseinanderentwicklung der Einkommen i n n e r h a l b der jeweiligen Gruppen im allgemeinen zu verschleiern, sondern dient speziell dazu, das unerhörte Wachstum der Profiteinkommen zu verbergen. (Haben z.Bsp. ein Mautner-Markhof oder ein Esterhazy um 10 Millionen m e h r eingesteckt und gleichzeitig 10.000 Klein-

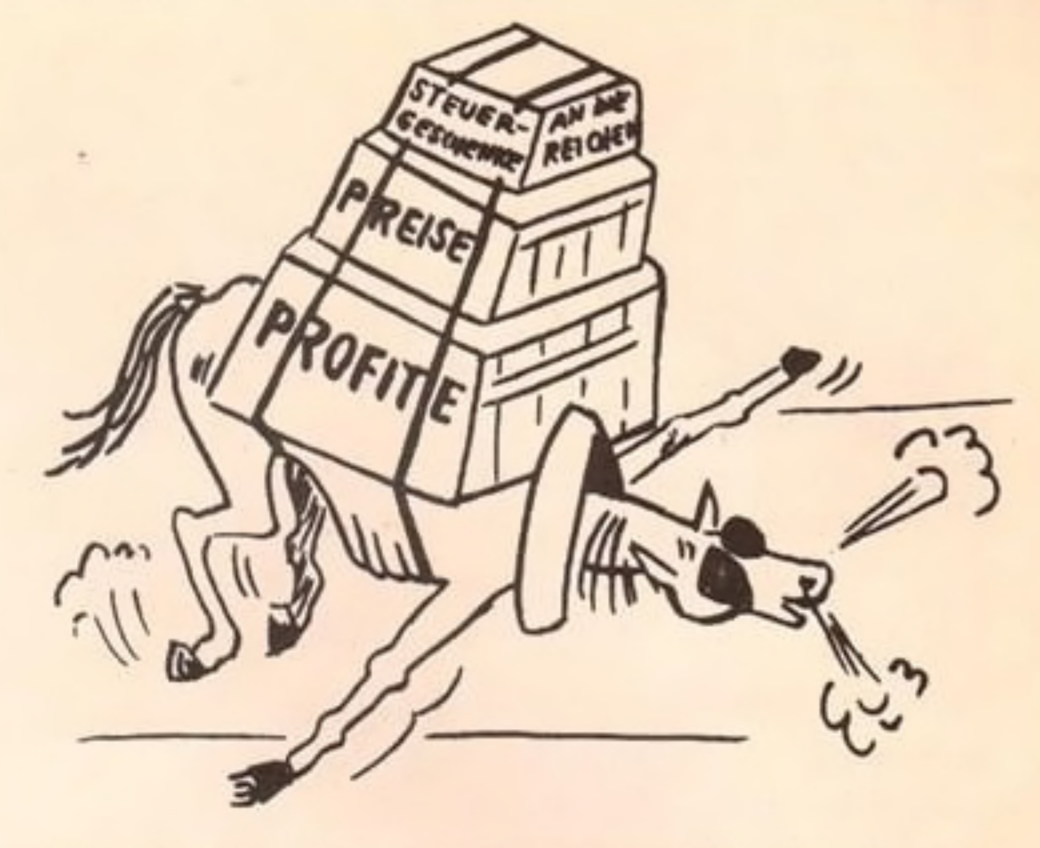


gewerbetreibende bzw. Kleinbauern je 1.000 S weniger erhalten, so hat sich nach der offiziellen Statistik das "Einkommen der Selbständigen" überhaupt nicht verändert! Und hätte bei einer solchen Sachlage der Großindustrielle bzw. der Großgrundbesitzer "bloß" 9 Millionen mehr profitiert, so wäre das "Einkommen der Selbständigen" sogar gesunken. Ebenso wirkt sich bei einer solchen statistischen Methode die in den letzten Jahren erfolgte Vervielfachung der kapitalistischen Managergehälter natürlich als "Erhöhung der Löhne und Gehälter" aus.)

Statistiken über die Entwicklung der kapitalistischen Profite im Vergleich zum wirklichen Einkommen des arbeitenden Volkes gibt es in Österreich entweder überhaupt nicht oder sie werden wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Bestenfalls gibt es ab und zu diesbezügliche Schätzungen. Da diese aus der Zahlenküche der führenden "Sozialpartner" stammen, also eben jener, die an der Verschleierung der wahren Lage interessiert sind, haben sie höchstens symptomatischen Wert. Doch immerhin: Wirtschaftsexperten der SPÖ haben unlängst erklärt, einem Ansteigen des "Profiteinkommens je selbständig Beschäftigten" von 107 Prozent in den Jahren 1969-1973 stehe lediglich eine Bruttoerhöhung des Pro-Kopf-Lohneinkommens von 47 Prozent gegenüber - bei einer Geldentwertung, die allein schon den Großteil davon aufgefressen hat und einem Lohnsteuerwucher, der den Rest besorgte.

Noch interessanter ist die Feststellung eines Diskussionsredners auf der Wiener SPÖ-Konferenz vom März 1974, wonach die "Profiteinkommen der Selbständigen" während der Amtszeit des SP-Finanzministers Androsch vom Dreifachen auf das Vierfache der "Arbeitnehmerverdienste" angewachsen sind.

Mit dem Fortschreiten der Inflation taucht zwangsläufig auch das alte Gespenst der Arbeitslosigkeit wieder auf. Das ist nicht nur eine direkte Folge des Umstandes, daß durch Teuerung und wucherische Massensteuern, durch Entwertung der Löhne, Renten und Ersparnisse der Massen deren Kaufkraft sinkt, sondern die Schaffung einer gewissen Zahl von Arbeitslosen ist sogar das offen erklärte Ziel der kapitalistischen Profitmacher und ihrer skrupellosesten Agenten. Sie geben selbst zu, daß sie eine gewisse industrielle Reservearmee zur "Disziplinierung" der Massen der Arbeiterklasse und zur Zurückhaltung der "Lohndrift" brauchen. Wenn die Arbeiter um ihren Arbeitsplatz zittern müssen, kann man ihre Löhne besser drücken, ihre Streiks besser brechen, kann man Antreiberei und Akkordhetze besser intensivieren, gehen die Krankenstände zurück, gewinnt das Kapital also einen überaus wirkungsvollen Hebel zur Verschärfung der Ausbeutung. So erklären sich die immer heftigeren Klagen der Profitmacher und ihrer Kreaturen über die "negativen Folgen der Überbeschäftigung" und ihre wieder in den Vordergrund



KREISKY: "Um die Stabilisierungsbemühungen der Regierung zu unterstützen, müssen jetzt beide Seiten ihren Beitrag leisten!"

rückenden Projekte, ein "wirtschaftlich gesundes Maß an freien Arbeitskräften" zu erreichen, was nur ein verschämter Ausdruck für absichtlich herbeigeführte Arbeitslosigkeit ist.

Als sich im Zusammenhang mit der Energiekrise zu Beginn des heurigen Jahres in einer Reihe österreichischer Betriebe die Angst vor bevorstehenden Massenentlassungen bemerkbar machte, entlockte das der großbürgerlichen "Presse" vom 13.4. 1974 euphorische Begeisterung, daß "... der Arbeitseifer plötzlich ins Ungeahnte stieg. Die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt ging zurück, die Zahl der Krankmeldungen sank rapid. Man konnte ja nicht wissen..."

Auch den nun schon sattsam bekannten SPÖ-Wirtschaftsexperten Karl Ausch haben diese besonderen Möglichkeiten einer größeren Arbeitslosigkeit so begeistert, daß er im theoretischen Organ seiner Partei, der "Zukunft", einen Artikel ablagerte, in dem er - angeblich zum Kampf gegen die Inflation - die Erhöhung der Arbeitslosenzahl auf 3 Prozent der Beschäftigten fordert, das heißt auf das 15-fache des Standes vom Sommer 1973! Solange es in Österreich nicht an die 100.000 Arbeitslose gebe, könne man die "starke Lohndrift" nicht bremsen, die angeblich an der Teuerung schuld sei, meint dieser saubere "Sozialist" und "Arbeiterführer" - und das ideologische Organ der SPÖ druckt das ungeniert ab!

Noch hat Österreich nicht jenes Heer zehntausender um ihren Arbeitsplatz gebrachter Menschen, von dem sich einige Herrschaften eine so wohltuende "gesamtwirtschaftliche" Wirkung erwarten. Aber alles deutet darauf hin, daß es der gegenwärtigen Regierungspolitik gelingen wird, in absehbarer Zeit dazu zu gelangen. Die von der Inflation und von den angeblich zu ihrer Bekämpfung getroffenen Maßnahmen bewirkte Senkung der Massenkaufkraft führt zwangsläufig zu Ver-

brauchsdrosselungen und damit zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Wachstumsraten, schließlich zum Stagnieren oder sogar zum absoluten Rückgang der Produktion. Zusammen mit dem verstärkten Drang nach kapitalistischer Rationalisierung, der Verschärfung des Konkurrenzkampfes und der fortgesetzten Ruinierung kleinerer bzw. schwächerer Unternehmen in diesem Kampf sowie der weiteren Liquidierung von kleingewerblichen und kleinbäuerlichen Betrieben bedeutet das aber eine massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften, die immer weniger Möglichkeit haben werden, anderswo Beschäftigung zu finden. Eben das ist der *klassische Weg in die kapitalistische Krise*: Die Lager füllen sich, weil der Absatz stockt - die Produktion wird also gedrosselt, Arbeitskräfte werden freigesetzt, entlassen - mit der Zahl der Arbeitslosen, Kurzarbeiter usw. sinkt aber die kaufkräftige Nachfrage weiter, werden die Lager noch unanbringlicher, muß die Produktion noch weiter gedrosselt werden usw. usf. - bis der ganz große Krach da ist.

Wie schon gesagt - *noch* ist es nicht so weit, noch ist die Senkung der Massenkaufkraft erst auf einzelnen Gebieten spürbar, noch gibt es in Österreich eine sehr geringe Arbeitslosenrate, sind Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen die Ausnahme und beeinträchtigen Krisenanzeichen das Gesamtbild erst am Rande. Aber alle diese Erscheinungen *gibt es schon und sie mehren sich!* Und unbestreitbar wirkt das gesamte System der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik in der Richtung der *Beschleunigung* dieser negativen Entwicklung. Das ist keine Folge etwa der "Unfähigkeit" der Regierung, wie die Revisionisten meinen, es ist auch nicht die Folge von "Fehlern" und "Unverantwortlichkeiten", wie die VP-Demagogen verkünden, sondern das ist der Ausdruck ihres *Wesens* und ihrer *Rolle* als kapitalistische Regierung, die nichts anderes tun kann und tun will als andere kapitalistische Regierungen auch und die deshalb schließlich auch das selbe Resultat erzielen wird wie alle kapitalistischen Regierungen vor ihr und neben ihr.

Angesichts der Gewitterwolken am wirtschaftlichen Horizont sahen sich vor einiger Zeit die KPÖ-Revisionisten gezwungen, ihre aus dem Kreml bezogenen Theorien vom angeblich "gewandelten" Kapitalismus wieder in die Ecke zu stellen. Plötzlich stellen sie sich wieder als Leute vor, die es "immer schon" gewußt und gesagt hätten, die "immer schon" gewarnt hätten und denen man daher alles glauben könne. Sie greifen zu allen erdenklichen Tricks, um die Arbeiter vergessen zu lassen, was sie ihnen gestern noch als "neueste" Erkenntnisse über den "modernen Kapitalismus" aufgetischt haben. Wie verlogen diese nunmehrige "Linkswendung" der Revisionisten ist, geht schon daraus klar hervor, daß sie sich jetzt zwar mit der offenen Propaganda für den "gewandelten" Kapitalismus nicht mehr hausieren zu gehen getrauen, aber nach wie vor an all den lügnerischen, abwiegelnden und verräterischen "Schlußfolgerungen" *festhalten*, die sie aus dieser damaligen, von Chruschtschow und Co. übernommenen "neuesten" Einschätzung von Kapitalismus und Imperialismus gezogen haben! Jetzt ringt sich selbst ein Scharf oder Muhri wieder mühsam die Feststellung ab, daß sich der Kapitalismus nicht geändert hat, nicht ändern wird und nicht ändern kann - weil die *Tatsachen* eine allzu deutliche Sprache sprechen - aber das hindert weder den einen noch den anderen, die abgedroschenen Phrasen vom "friedlich-parlamentarischen Weg", von der allmählichen "Zurückdrängung der Monopole", von einer "antimonopolistischen Demokratie" als System, das nicht mehr Kapitalismus und noch nicht Sozialismus sei, unaufhörlich weiterzubeten. Das Leben selbst hat diesen politischen Schwindlern den Boden ihrer Argumentation unter den Füßen weggezogen, doch sie scheren sich nicht darum und entlocken dem Posthorn Chruschtschows weiter die alten falschen Töne, die einst ihr Herr und Meister hineingeblasen hat.

Das unveränderte und unveränderliche Wesen der kapitalistischen "Ordnung", die Unheilbarkeit ihrer zahllosen Übel festzustel-



len, ist aber alles andere als irgendeine Tüpfelreiterei von Liebhabern der "reinen Lehre", ist kein Problem praxisferner Scholastik, sondern von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Beantwortung dieser Frage, von der Beachtung oder Nichtbeachtung der Konsequenzen dieser Antwort hängt die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der gesamten politischen Linie ab.

Aus der Unveränderlichkeit des Wesens des kapitalistischen Systems, aus der Wahrheit, daß die steigende Ausbeutung der Massen durch Lohndruck und Steuerwucher, daß Massenprellerei größten Stils durch Teuerung und Inflation, daß wachsende soziale Unsicherheit und die Geißel der Arbeitslosigkeit, zunehmender Raubbau an den Menschen und an der Natur, daß schließlich Krisen und Kriege mit der Existenz des kapitalistischen Systems untrennbar verbunden sind und von ihm unvermeidlich immer aufs neue produziert werden, ergibt sich die Erkenntnis, daß man keines dieser Übel ausrotten kann, ohne das ganze kapitalistische System zu stürzen, das sie hervorbringt wie die Wolke den Regen.

Die Marxisten-Leninisten warten nicht auf die kapitalistische Krise, sie wissen sehr wohl, wieviel Leiden und Nöte sie dem arbeitenden Volk und damit auch ihnen selbst bringt. Der Marxismus-Leninismus lehnt auch die anarchistische "Verelendungstheorie", die Revolution sei am nächsten, wo die Not am größten ist, als falsch und verhängnisvoll entschieden ab. Aber ebenso energisch weisen sie es zurück, sich selbst und andere durch Illusionen und naiven Wunderglauben zu betrügen. Ob es einem nun gefällt oder nicht: man muß den Tatsachen ins Auge sehen und man muß sich auf sie vorbereiten, wenn man von den Ereignissen nicht überrascht und überrumpelt werden will, wenn man ihnen am Ende nicht hilflos gegenüberstehen will.

Mehr denn je ist es heute notwendig, dem arbeitenden Volk an Hand der Tatsachen offen und unmißverständlich klarzumachen, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, des Systems der Ausbeutung und des Profits, bestenfalls kurzfristig wirkende Schmerzlinderung gibt, aber keine wirkliche Heilung, daß die Krankheiten dieses Systems unheilbar sind und es nach vorübergehenden Zeiten scheinbarer Erholung und Besserung insgesamt noch schlimmer und ärger wird. Man muß



(Nach "Peoples Voice", Organ der KP Neuseelands)

unermüdlich klarmachen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung, wie Lenin einmal sagte, ein Buckliger ist, den nur der Tod geradmachen kann.

Daraus folgt natürlich nicht, daß all die Kämpfe und Forderungen der Massen, die den Rahmen des bestehenden Systems nicht in Frage stellen oder zu sprengen versuchen, sinnlos seien! Denn erstens würde die Arbeiterklasse ohne solche Bewegungen und Kämpfe physisch zugrundegehen, denn von seiten des Kapitals und seiner Institutionen gibt es keine Hemmungen, die Henne, die ihnen die goldenen Eier legt, auch noch zu schlachten. Man weiß ja, wie rücksichtslos das Kapital die Natur zerstört und die Umwelt vergiftet, obwohl es damit auch die Grundlagen seiner eigenen Existenz untergräbt. Daß die Arbeiter für ihre Tagesforderungen kämpfen, ist für sie also eine Lebensnotwendigkeit. Zweitens sind diese Bewegungen und Kämpfe für Tagesforderungen und Reformen eine unersetzliche Schule der Organisation, der Erkenntnis und der Bewußtwerdung der arbeitenden Klasse. Erst die dabei gemachten, oft bitteren Erfahrungen befähigen die arbeitenden Massen, konkret zu verstehen, was der Marxismus-Leninismus, was die marxistisch-leninistische Partei lehrt: Nur der revolutionäre Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann den arbeitenden Menschen auf die Dauer ein menschenwürdiges Leben, ein Leben

ohne Ausbeutung, ohne Lohnraub, Steuerwucher, Teuerung und Inflation, ein Leben ohne Arbeitslosigkeit, Entlassungsdrohung und soziale Unsicherheit, ohne ständige Bedrohung durch Krisen und Kriege sichern!

Zur Situation unserer Partei

Wir haben hier etwas ausführlicher über die Frage der Erkenntnis der Notwendigkeit der proletarischen Revolution gesprochen. Dabei ist uns allen klar, daß von der Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Revolution bis zu ihrer Durchführung noch ein sehr weiter Weg ist. Wir können den sehr umfangreichen Fragenkomplex der Voraussetzungen und Wege zur Verwirklichung der proletarischen Revolution hier nicht ausführlich behandeln, aber einige Aspekte dieses Themenkreises, welche aktuelle Probleme unserer Parteiarbeit betreffen, sollten doch kurz beleuchtet werden.

Zunächst ist klar, daß ohne die Erkenntnis der Notwendigkeit der proletarischen Revolution durch die Massen des arbeitenden Volkes an die Durchführung einer solchen Revolution überhaupt nicht gedacht werden kann. Niemals kann eine Minderheit der Arbeiterklasse die proletarische Revolution durchführen, sondern sie erfordert höchsten Einsatz der Millionenmassen der arbeitenden Menschen selbst, einen Einsatz, der erst möglich ist, wenn diese Millionenmassen ihre Illusionen überwunden und die Notwendigkeit und Unersetzbarkeit dieser Revolution verstanden haben. Unermüdlich in dieser Richtung zu wirken und zu kämpfen, ist eine der großen aktuellen Aufgaben unserer Partei.

Die Möglichkeit der erfolgreichen Durchführung der proletarischen Revolution hat jedoch nicht nur diese eine Voraussetzung, sondern mehrere. Nicht alle davon hängen von der Partei ab. Es gibt dafür sowohl subjektive als auch objektive Voraussetzungen, die nicht willkürlich von den Revolutionären geschaffen werden können, sondern eine gewisse Zeit brauchen, um heranzureifen. Es wäre hoffnungslos dumm, wenn wir uns einbildeten, daß diese Voraussetzungen heute in Österreich schon gegeben seien oder über Nacht erwartet werden könnten. Man kann sie auch nicht herbeiführen, indem man bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit nach Errichtung der Diktatur des Proletariats schreit und den Leuten erzählt, der Kapitalismus pfeife schon auf dem letzten Loch und seine Todesstunde habe geschlagen. Andererseits aber darf man die richtige Erkenntnis, daß sich eine revolutionäre Situation nicht "künstlich" schaffen läßt und nicht alles einfach vom Willen und Einsatz der Revolutionäre bzw. ihrer Partei abhängt, nicht dazu mißbrauchen, auf den Selbstlauf der Dinge zu hoffen und untätig abzuwarten, bis die Sturmglocken der Revolution ihre Soldaten aus dem Schlaf reißen. Ein entscheidendes Kennzeichen der heutigen Situation in Österreich, ebenso wie in etlichen anderen kapitalistischen Ländern Europas, ist nämlich, daß die subjektiven Faktoren hinter der Entwicklung der objektiven Faktoren weit zurückgeblieben sind. Es ist daher absolut unzulässig, über die Ungunst der objektiven Bedingungen zu jammern und sich auf sie auszureden, sondern wir müssen vielmehr alles daransetzen, die subjektiven Gegebenheiten auf das Niveau der objektiven Möglichkeiten zu heben.

Hier sind wir nun wieder bei der Frage aller Fragen, bei der Frage unserer Partei. Um die vielen großen und schwierigen Aufgaben zu lösen, die vor ihr stehen, brauchen wir eine starke, mit den Massen engstens verbundene und von ihrem Vertrauen getragene Partei, die nicht nur die allgemeinen Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Wissenschaft souverän beherrscht, sondern ihrer gesamten revolutionären Praxis auch die detaillierte Kenntnis der konkreten Verhältnisse und Bedingungen ihres Landes sowie die Summe der Erfahrungen der eigenen Arbeiterklasse und der internationalen Arbeiter- und Befreiungsbewegung zugrundezulegen versteht. Haben wir aber schon eine solche Partei? Leider bei weitem noch nicht. Auf dem weiten Weg zu einem solchen Zustand haben wir gerade erst ein paar kleine Schritte gemacht. Die Partei besteht und sie wächst auch, aber zwischen dem, was sie schon ist, und dem, was sie sein sollte und sein muß, klafft noch ein Widerspruch, der viele von uns tagtäglich beschäftigt und nicht wenige Genossen niederdrückt, statt sie zu erhöhter Aktivität anzuspornen.

Der Widerspruch ist da, man kann ihn nicht leugnen. Es wäre auch schlimm, wenn er uns gleichgültig ließe. Aber er darf uns nicht entmutigen und niederdrücken, sondern muß uns vorwärtstreiben! Revolutionäre sind nicht Leute, die sich das Leben leicht machen und kapitulieren, wenn es nicht so geht, wie sie gerne möchten. Mit der Größe der vor ihnen liegenden Schwierigkeiten muß auch ihre Zähigkeit, ihre Einsatzbereitschaft und ihre Entschlossenheit wachsen, mit diesen Schwierigkeiten fertigzuwerden.

Der Aufbau einer starken, massenverbundenen und zielklaren revolutionären Partei ist natürlich eine sehr langwierige und schwierige Aufgabe. Aber es gibt keinen kürzeren Weg, es gibt überhaupt keinen anderen Weg als diesen.

Die diversen "Abkürzungen", die uns von verschiedenen "linken" Quacksalbern angeboten werden, existieren nur in ihrer Phantasie. Alle politischen Rezepte, die dem Unglauben an die Massen, intellektueller Überheblichkeit, trotzkistischer Massenverachtung oder kleinbürgerlicher Verzweiflung entspringen und darauf hinauslaufen, sich die Schaffung einer starken Partei leninschen Typs zu ersparen oder sie durch ein Surrogat zu ersetzen, sind ebensolche Irrwege und Sackgassen wie die Vorstellung und Behauptung der Opportunisten und Revisionisten, man könne mit einer schwammigen Oppositionspartei bürgerlich-parlamentarischer Art friedlich und freundlich zum Sozialismus wandern.

Doch selbst unter denen, die sich heute dort und da als "Antirevisionisten" und "Marxisten-Leninisten" zu organisieren beginnen und sich zur Schaffung einer prinzipienfesten marxistisch-leninistischen Partei bekennen, gibt es bekanntlich mehr Spreu als Weizen. Man darf sich von wohlklingenden Namen und von Zeitungsartikeln, in denen China und Albanien hoch gelobt werden, nicht blenden lassen. Das gilt nicht nur in bezug auf de facto trotzkistische

Gruppierungen, welche die Fahnen des Marxismus-Leninismus und die Roten Bücher lediglich zur Tarnung schwenken, sondern auch für wirkliche Sympathisanten des Marxismus-Leninismus, deren studentische Denkgewohnheiten und Verhaltensnormen wie überhaupt ihre bürgerliche Vergangenheit und Gegenwart es ihnen sehr schwer, wenn nicht unmöglich machen, eine tiefe und dauerhafte innere Beziehung zur Arbeiterbewegung und damit auch zum Marxismus-Leninismus zu finden.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung kann nicht als Anhängsel der Studentenbewegung vorwärtsgebracht werden, die proletarische Partei kann nicht Tochterorganisation eines Studentenzirkels sein. Im revolutionären Kampf sind die Arbeiter nicht das Objekt, sondern das Subjekt, sie sind auch nicht die Faust, die eines studentischen Kopfes bedarf. Nichts und niemand kann die Arbeiter ersetzen, niemand stellvertretend für sie den Kampf führen, sondern das müssen sie selber tun - organisiert, angeleitet und geführt von einer fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehenden proletarischen Vorhutspartei.

Für die Überheblichkeit und Leichtfertigkeit, mit der einige sich als "marxistisch-leninistisch" bezeichnende Studentenzirkel ans Werk gehen, ist kennzeichnend, daß sie erst einmal ein paar ihrer Genossen abkommandiert haben, um einen "Kommunistischen Bund" zu gründen, der seinerseits wieder eine neue "Kommunistische Partei" gründen soll. Sie erachten es offensichtlich als unter ihrer Würde stehend, sich der schon existierenden marxistisch-leninistischen Partei unseres Landes, der MLPÖ, anzuschließen, ja sich mit dieser auch nur oberflächlich auseinanderzusetzen. Statt dessen greifen sie begeistert nach einzelnen Ausscheidungsprodukten unserer Partei und machen gegenwärtig mit der Jocha-Rabinowitsch-Bande gemeinsame Sache, die unseren älteren Genossen noch als Organisator eines mißglückten Raubüberfalles auf die Redaktion der "Roten Fahne" in Erinnerung ist.

In dem Jahrzehnt der Tätigkeit, das unsere Partei bzw. die ihr vorangehende marxistisch-leninistische Organisation und die "Rote Fahne" schon hinter sich haben, sind uns mehrfach linke Gruppen begegnet, die zeitweilig eine große Betriebsamkeit entfalteten, viel Lärm schlugen und mit ihrem hektischen Aktionismus eine gewisse Anziehungskraft ausübten. Wo sind alle diese Gruppen heute? Die meisten verschwanden wieder so plötzlich, wie sie gekommen waren. Der Hauptgrund dafür liegt darin, daß sie allesamt ein schlampiges, oberflächliches Verhältnis zum Marxismus-Leninismus hatten, ihre prinzipienlose Handwerkelei sie in immer neue Sackgassen führte und sich ihr blinder Aktionismus bald totlief. Ein anderer Grund ihres Versagens war, daß sie mit der Arbeiterbewegung, ja mit dem wirklichen Leben der arbeitenden Menschen zu wenig verbunden waren und sowohl auf Grund ihrer eigenen sozialen Herkunft als auch infolge ihrer Arbeitsmethoden und Lebensformen nicht imstande waren, mehr als ein paar Außenseiter der bürgerlichen Gesellschaft zu gewinnen.

Für uns muß das eine Lehre sein. Wir brauchen zwar eine hohe Aktivität, aber dürfen Spektakel nicht mit Aktion verwechseln. Wir dürfen unsere Tätigkeit nicht auf die Gewinnung einiger optischer und Augenblickserfolge ausrichten und unsere Politik nicht der Erzielung solcher momentaner Effekte unterordnen. Wir müssen auf weite Sicht denken und handeln, im Bewußtsein eines sehr langen und schwierigen vor uns liegenden Weges. Daher dürfen wir auch niemals die revolutionäre Wachsamkeit vernachlässigen und dem Feind seine Tätigkeit nicht noch erleichtern, indem wir ungeniert sehen und wissen lassen, was er für seine Zwecke braucht. So haben wir den seinerzeitigen Fehler korrigiert, Versammlungen und Demonstrationen unter Bedingungen durchzuführen, wo das auf die Veranstaltung öffentlicher Mitgliederversammlungen oder gar zu solchen unter freiem Himmel im trauten Kreis mit der Stapo hinauslief, halten gegenwärtig überhaupt nichts von MLPÖ-Blocks bei Demonstrationen und geben überhaupt bei Mitgliederversammlungen und Parteikonferenzen der Diskretion den Vorrang. Solche Arbeitsformen behindern uns zwar nicht selten selber sehr stark und auch der mobilisierende Effekt, der von vielen Formen der Aktion ausgeht, auf die wir im Moment noch verzichten, fehlt natürlich, aber zum Teil handelt es sich bloß darum, daß wir noch nicht immer die richtigen Arbeitsmethoden gefunden haben und es sehr oft an der Initiative und Kraft mangelt, auf lange Sicht im kleinen Kreis oder sogar weitgehend auf sich allein gestellt zu arbeiten.

Wir müssen darum die revolutionäre Initiative aller unserer Mitglieder, Kandidaten und Sympathisierenden stärker entwickeln und die gesamte Anleitung in dieser Richtung konzentrieren. Ohne die Bereitschaft und Fähigkeit, im kleinen Kollektiv der Grundorganisation oder des Stützpunkts initiativ für die revolutionäre Sache zu arbeiten, in einer Massenorganisation, der Gewerkschaft oder im Betrieb notfalls auch als Einzelner zu wirken und revolutionäres Ferment zu sein, können wir unsere Aufgaben als Revolutionäre, als Mitglieder und Aktivisten einer proletarischen Vorhutspartei, nicht erfüllen. Sich ständig in der Mitte einer Vielzahl von gleichgesinnten, schon überzeugten Genossen zu bewegen, ist natürlich viel leichter und angenehmer als sozusagen täglich an der Front zu stehen, im Kampf gegen Unwissenheit, Unverständnis oder Feindschaft. Aber als Kampf zählt vor allem diese Wirkung nach außen und erst sie wird das große Kollektiv schaffen, in dem wir uns wärmen, erholen und neue Kräfte für neue Kämpfe draußen schöpfen können. Wir brauchen nicht Leute, die in unsere Partei eintreten wie in ein schlüsselfertiges Eigenheim, komplett eingerichtet und wohlversorgt, sodaß man darin nur noch zu wohnen braucht. Schon garnicht ist die Partei eine Art Kino, wo einem der Platzanweiser zu seinem Sessel führt und dafür sorgt, daß man den Ablauf der Handlung auf der Bildfläche ungestört verfolgen kann. Was wir brauchen, sind Genossen mit Initiative und Pioniergeist, sind Baumeister und Architekten, Maurer und Zimmerleute, die in hartem Kampf und nimmermüder Arbeit zur Wirklichkeit machen, was vorläufig noch nicht viel mehr als eine große Vision, ein Bauplan, ein Grundstein ist. Das ist zwar eine recht schwere, doch wie mir scheint, auch eine sehr schöne, schöpferische und begeisternde Aufgabe.

Unsere Partei hat, wie gesagt, praktisch schon ein Jahrzehnt des Kampfes und der Arbeit hinter sich. Im ersten Augenblick scheint es, daß sie in dieser verhältnismäßig langen Zeit nur sehr wenig erreicht und nach dem einen oder anderen Teilerfolg sogar auch empfindliche Rückschläge erlitten hat. Wir

leugnen das nicht und sind weit davon entfernt, mit dem Erreichten zufrieden zu sein. Aber wir haben auch keinerlei Grund zum Pessimismus. Es gibt heute in Österreich linke Gruppen, die in der Öffentlichkeit stärker in Erscheinung treten als wir und die uns besonders in den Universitätsstädten zahlenmäßig überlegen sind, da sie - unbeschadet ihrer Namen - im wesentlichen Gruppen und Organisationen von Studenten sind, konzentriert durch den Großbetrieb der Hochschule und infolge ihrer spezifischen Bedingungen relativ leicht organisierbar. Aber dennoch unterscheidet sich unsere Partei qualitativ grundlegend von jeder einzelnen dieser linken Gruppierungen - nicht einfach wegen ihres Namens, auch nicht bloß auf grund ihrer Geschichte oder ihrer Zugehörigkeit zu der sich neu formierenden großen Internationale der marxistisch-leninistischen Weltbewegung.

Eine dieser qualitativen Besonderheiten unserer Partei im Vergleich zu den verschiedenen Gruppen der "revolutionären Linken" oder der sich als "marxistisch-leninistisch" bezeichnenden Organisationen ist ihre soziale Zusammensetzung. Vom Tag ihrer Gründung an bestand und besteht unsere Partei in ihrer überwältigenden Mehrheit aus Arbeitern und Angestellten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die Möglichkeit der Partei, ihrem Zweck und Ziel gerecht zu werden. Wir müssen dieses wichtige, wertvolle Charakteristikum unbedingt bewahren und stärken, besonders was die Zusammensetzung ihrer Leitungen betrifft, und selbst um den Preis, daß wir den einen oder anderen intellektuellen Sympathisanten, der seine besonderen "Fähigkeiten" von der Partei zu wenig gewürdigt glaubt, wieder verlieren.

Im Bereich der organisatorischen Fragen möchte ich, neben der Vielzahl von sehr wesentlichen Besonderheiten, die schon aus dem Parteistatut ersichtlich werden, besonders hervorheben, daß unser organisatorisches Netz, wenn auch noch dünn und grobmaschig, dennoch praktisch alle Teile unseres Landes erfaßt, daß wir also nicht nur in vielen Betrieben Stützpunkte und Kontakte geschaffen haben, sondern dort und da auch auf dem flachen Land. Obwohl es sich dabei sehr oft um einzelne Genossen und Sympathisierende handelt, die zu organisieren und mit denen ständige Verbindung zu halten, besondere Schwierigkeiten macht, ist auch das eine sehr wertvolle Errungenschaft, die günstige Möglichkeiten für unsere weitere Arbeit bietet.

Um aber zum Wichtigsten zu kommen: Für unsere Partei ist die marxistisch-leninistische Orientierung weder augenblickliche Mode noch agitatorisches und taktisches Werbemittel. Die MLPÖ steht konsequent und unbeirrbar auf dem Boden der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, auf dem Boden der Weiterentwicklung dieser Lehren durch die größten lebenden Lehrmeister des Marxismus-Leninismus, Mao Tsetung und Enver Hodscha. Unter den Klassikern des Marxismus-Leninismus nehmen wir keinen aus und bekennen uns stolz auch zu dem unschätzbaren Beitrag, den Genosse Stalin zur Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus geleistet hat. Die fundamentale Bedeutung, die wir der revolutionären Theorie beimessen, der Platz, den wir ihr in unserer gesamten Arbeit einräumen, widerspiegelt sich auch im Paragraph 1 des Kapitels in den Statuten der Partei, das sich mit den Pflichten der Mitglieder und Kandidaten der Partei beschäftigt und der fordert:

"Unermüdlich an der Hebung seines politischen Bewußtseins zu arbeiten und sich die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus immer besser anzueignen, um sie so immer besser und wirkungsvoller in der Praxis anwenden und anderen Menschen verständlich machen zu können."

Der Marxismus-Leninismus ist allmächtig, weil er wahr ist. Ausgerüstet mit diesem untrüglichen Kompaß, entschlossen, der revolutionären Sache des arbeitenden österreichischen Volkes und aller werktätigen Menschen der Welt aufrichtig und hingebungsvoll zu dienen, werden wir gewiß alle Schwierigkeiten, die wir haben und die noch auf uns zukommen werden, meistern und die großen Aufgaben erfüllen können, die sich unsere Partei gestellt hat.

Alle Erfahrungen zeigen und beweisen, wie sehr die österreichische Arbeiterklasse eine starke marxistisch-leninistische proletarische Partei, eine starke MLPÖ braucht. Was heute, am Vorabend zunehmender und sich verschärfender Klassenkämpfe, mehr denn je auf der Tagesordnung steht, ist nicht die Gründung irgendwelcher neuer, angeblich "kommunistischer" und "marxistisch-leninistischer" Parteien, sondern die Stärkung der schon bestehenden, auf ein Jahrzehnt von Vorbereitungen und Erfahrungen, von Arbeiten und Kämpfen zurückblickenden MLPÖ!

(Sowohl der Hauptartikel der vorliegenden Nummer als auch der sich anschließende Teil über Parteifragen stammen aus einer Rede des Genossen Franz Strobl auf einer Aktivistenkonferenz der MLPÖ in Kärnten.)

Das obenstehende Klischee erschien kürzlich in der Zeitschrift unserer indonesischen Bruderpartei "INDONESIAN TRIBUNE". Im Text dazu erinnern die indonesischen Genossen an die Anti-Suharto-Aktionen in Europa, wobei sie auch die Aktionen der MLPÖ in Wien gegen den Suharto-Besuch erwähnen. Sie bezeichnen diese Aktionen als große Unterstützung und Ermutigung und sprechen dafür ihren tiefen Dank aus.

★ Unsere LESER haben das Wort: ★

Weitere Zuschriften zum 10. Geburtstag der „Roten Fahne"

Obwohl wir das aus Platzgründen leider nur fallweise tun können, haben wir den nachstehenden Brief unserer Genossin B. K. aus Bad Ischl, einer revolutionären Arbeiterin, die ihr ganzes Leben in den Dienst der kommunistischen Bewegung gestellt hat und eine der ersten RF-Aktivistinnen auf dem politisch so steinigen Boden des Salzkammerguts war, vollständig abgedruckt. Ihre Zuschrift spricht nämlich sehr vielen unserer ältesten und treuesten Genossen aus dem Herzen und wird, in der Einfachheit und Überzeugungskraft ihrer Argumentation, bestimmt auch vielen jungen Genossen und Freunden zu Herzen gehen.

MAHNUNG AN DIE JUGEND

"Der 10. Jahrestag der "Roten Fahne" sollte eine Mahnung sein besonders an die Jugend. Leider kann die Jugend oft nicht verstehen, welch große Bedeutung der Kampf hat - der Kampf heute und der Kampf, den ihre Väter und Großväter geführt haben. Sie glauben nicht, wie bittere Zeiten wir Alten mitgemacht haben und was es ihre Väter gekostet hat, das zu erkämpfen, was vielen heute eine Selbstverständlichkeit scheint.
Das Kapital versucht, die Jugend nur für Fußball, Rockn-Roll, Sex usw. zu interessieren und vom politischen Kampf abzuhalten. Aber ohne Kampf für ihre Rechte würden die arbeitenden Menschen bald wieder alles verlieren. Die Reaktion schläft nicht, sie lauert, um zur gegebenen Zeit loszuschlagen. Vergißt man das, so hilft kein Jammern und die neue Generation wird einen noch härteren Kampf führen und noch mehr Opfer bringen müssen als wir Alten.

Wir müssen vom Beispiel der unterentwickelten Länder lernen, wo die Völker mutig den Kampf aufgenommen haben und durchstehen. Wir sollten uns ihnen gegenüber nicht schämen müssen. Der Weltkommunismus wird sowieso siegen, aber sollen wir da als Seicherln daneben stehen? Die Revolutionäre der früheren Generationen haben eine gute Grundlage geschaffen, auf der die heutige Generation entschlossen weiterkämpfen muß.

Früher hat man bei uns einen rückständigen, unbeholfenen Menschen als "Chineser" bezeichnet, aber heute haben uns die Chinesen weitaus überflügelt und wir sind die Rückständigen! Heute könnte man stolz sein, als ein "Chineser" bezeichnet zu werden, denn es würde bedeuten, daß man Klassenbewußtsein und Intelligenz besitzt, daß man auf Draht ist, daß man eine siegreiche Revolution gemacht hat und sie mit riesigen Schritten weiterführt.

Auch mich hat man angefeindet, sogar manche früheren Genossen, weil ich mich zur "Roten Fahne" bekenne. Aber ich bin stolz darauf, nicht engstirnig zu sein und bei denen zu stehen, die der Revolution treu geblieben sind, so wie die chinesischen und albanischen Genossen. Ich weiß auch, daß manche meiner heutigen Widersacher, wenn sie wirklich Kommunisten sind, mit der Zeit einsehen und lernen werden, daß ich ihnen voraus und am richtigen Weg bin.

Sehr oft ist es der Fehler der Eltern, wenn die jungen Menschen sich zu wenig für den revolutionären Kampf interessieren. Diese Eltern wollen den Jungen alle Schwierigkeiten aus dem Weg räumen, statt sie zum Kampf zu erziehen. Aber man muß seine Kinder schon frühzeitig auf die Gefahren aufmerksam machen, die auf sie lauern, man muß den Kindern schon im frühesten Alter berichten, wie die revolutionäre Arbeiterbewegung für ihre Forderungen gekämpft hat und daß wir in das Elend der Vergangenheit zurückfallen werden, wenn wir die Hände in den Schoß legen und den Kampf vernachlässigen. Darauf warten ja Kapital und Reaktion, die Entpolitisierung ist ihr Vorteil.

Darum lest aufmerksam die "Rote Fahne", damit ihr im Bilde seid und man euch nicht überrumpelt. Und lernt von China auch, wie das Verhältnis von Alten und Jungen sein soll, wo die Alten ihre revolutionären Erfahrungen weitergeben und die Jungen dafür aufnahmefähig und dankbar sind.

Es darf nur ein Vorwärts, aber kein Rückwärts geben, sonst sind wir verloren!

B. K.

ICH WILL WIEDER AKTIVER WERDEN

"Ich bereue es sehr und betrachte es als großen Fehler, zum 10. Jahrestag der "Roten Fahne" nicht schon früher geschrieben zu haben. Jetzt möchte ich das nachholen und unserer "Roten Fahne" recht viel Erfolg und ständige Stärkung im Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus wünschen!

Ich werde mich jetzt wieder öfter zu Wort melden und im Juni oder Juli nach Wien kommen, denn persönlich kann man sich besser aussprechen. Bis dahin versorgt mich bitte mit Plakaten, Flugzetteln und was es halt gibt.

Meine Beiträge habe ich beglichen. Was von den 1000 Schilling bleibt, gebe ich als Spende.

K. E.

Genosse K. E. aus der Oststeiermark, ein Monteur, hat kürzlich geheiratet und auch schon Familienzuwachs erhalten. Die Redaktion der "Roten Fahne" gratuliert dazu herzlichst!

EIN ALTER SCHUTZBÜNDLER SCHREIBT

"Die 'Rote Fahne' hat mir neuen Mut und neue Hoffnung gegeben. Sie hat mir gezeigt, daß es doch noch echte Kommunisten gibt, die unsere Fahne trotz allen Widerwärtigkeiten hochhalten und für die Revolution kämpfen. Ich bin heute ein alter Mann, habe schon seit 1927, nach dem Schattendorfer Schand-Urteil, als Schutzbündler die Konsequenzen getragen. 29 Jahre lang war ich Mitglied der KPÖ, dann habe ich jede Tätigkeit für diese Partei aufgegeben, weil ich nach dem Tode des Genossen Stalin den Kurswechsel, den die KP-Leitung machte, als gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtet erkannt habe. Ich bitte Euch daher, Genossen, unsere Ideale als Re-

volutionäre weiter konsequent zu vertreten und wünsche Euch weiterhin viel Erfolg."

J.M.

AUS DEM KLEINEN ENTSTEHT
oooooooooooooooooooooooooooooo
DAS GROSSE
ooooooooooo

"Die 'Rote Fahne' ist eine gute Zeitung, die den fortgeschrittenen Arbeiter gut anspricht und die wahre marxistische Idee verbreitet. Aber sie könnte noch einfacher geschrieben sein, auch mehr Aktuelles bringen aus dem täglichen Leben der Arbeiter, der Lage in den Betrieben und dergleichen.

Als einfacher Arbeiter möchte ich besonders die chinesischen und albanischen Kommunisten hervorheben. Sie waren es, die uns den Weg seit Jahren gewiesen haben. Sie waren es, die uns als erste aus der Verwirrung gelöst und ermuntert haben, gegen den Revisionismus anzukämpfen.

Wir sind zwar immer noch wenige, meistens auch ganz einfache Arbeiter ohne viel Schulbildung, Rede- und Schreibkünste, aber haben eine feste leninistische Überzeugung. Ausgerüstet mit dieser Überzeugung konnten wir der Macht des revisionistischen Apparats und der bürgerlichen Propaganda trotzen. Die marxistisch-leninistische Zeitung 'Rote Fahne' hat großen Anteil daran, daß in unserem Land eine kleine Abteilung von Genossen und fortschrittlichen Arbeitern sich nicht im revisionistischen Sumpf verloren haben. Stalin hat uns gelehrt: Aus dem Kleinen entsteht das Große. Jeder kleine Beitrag in unserem Kampf ist wertvoll. Je mehr Arbeiter solche Beiträge leisten, umso näher das Ziel. Darum müssen wir immer mehr Kollegen für unsere Aufgabe gewinnen.

Ich selbst helfe in Kleinarbeit mit, will aber keine Funktion haben. Soweit ich als Arbeiter helfen kann, werde ich es tun. Werde aber nicht oft schreiben."

H.G.

Eine ausführliche Berichterstattung zum Prozeß des

NDP-Burger gegen die „Rote Fahne"

welche für die vorliegende Ausgabe bestimmt war, können wir aus Platzgründen erst in der folgenden Nummer der RF veröffentlichen. Wir bitten um Verständnis.

Für die nächsten Nummern liegen schon eine Reihe wichtiger Manuskripte vor, darunter ein Beitrag über die neue Phase der Kulturrevolution in China, ein Artikel über Portugal, ein weiterer Beitrag zum Thema "Theorie und Praxis" sowie zahlreiche Diskussionsbeiträge zu dem in der RF 145 veröffentlichten "Brief aus Westdeutschland".

"VOM EBRO ZUM DACHSTEIN"
oooooooooooooooooooooooooooooo

"Als ehemaliger Spanienkämpfer der Internationalen Brigade 11 und Mitkämpfer des Genossen Sepp Plieseis (dem die KPÖ, als er 1966 starb, nicht einmal eine Zeile gewidmet hat - wohl weil er mit dem revisionistischen Kurs nicht einverstanden war!) grüße ich die 'Rote Fahne' zu ihrem 10. Geburtstag mit einem kräftigen 'Rot Front'! Eine Anfrage: Gibt es keine Möglichkeit, das wunderbare Buch von unserem Sepp 'Vom Ebro zum Dachstein' neu aufzulegen? Der 'Globus'-Verlag der KPÖ denkt ja bestimmt nicht mehr daran."

S.L.

Dabei gibt es sowohl rechtliche als auch materielle Probleme, wobei die letztgenannten die entscheidenden sind. Doch früher oder später werden sich diese Schwierigkeiten überwinden lassen. Die proletarisch-revolutionäre Literatur unseres Landes hat eine große Zukunft vor sich und wird niemals vergessen werden.

VÖLLIG FALSCH, GENOSSE !
oooooooooooooooooooooooooooo

"Sie haben mir eine Probenummer der 'Roten Fahne' zugesandt und mich aufgefordert, sie zu abonnieren. Leider muß ich ablehnen und bitte hiefür um das nötige Verständnis.

Ich bin seit fast zweieinhalb Jahrzehnten Mitglied und Funktionär der KPÖ, habe dadurch nicht wenig materiellen wie auch seelischen Schaden erlitten. Bin mittlerweile fast alt und müde geworden. Meine ganze Kraft und nicht wenig Freizeit habe ich in den Dienst der Bewegung gestellt und nun scheint es fast so, als wäre alles umsonst gewesen. Ich kann mich heute nicht mehr dazu aufraffen, wiederum neu zu beginnen. Lieber stelle ich mich schon abseits von jeglichem politischem Getriebe und verlebe genauso einen guten Tag wie so viele andere auch."

H.F.

Genosse H.F. wird sich wundern, daß wir seinen von Enttäuschung und Verbitterung beherrschten Brief abdrucken. Aber dieser Brief hat zumindest den Vorzug, in fast provozierender Offenheit zu sagen, was manche andere durch allerlei Ausreden bemänteln und sich nicht einmal selbst eingestehen, obwohl sie faktisch gleich reagieren.

Genosse H.F. - und alle diese anderen - sollten sich die Frage stellen, wem sie ihre Enttäuschung zu verdanken haben. Doch dem Revisionismus, den Chruschtschow, Breshnew und Co. sowie deren österreichischen Papageien! Muß man diesen Herrschaften darauf nicht die gebührende Antwort geben? Muß man nicht verhindern, daß ihrem Klassenverrat auch andere ehrliche Menschen zum Opfer fallen? Wir glauben nicht, daß ein Mensch, der 25 Jahre lang wirklich Kommunist war, danach ernstlich den Standpunkt einnehmen kann, nun sollten andere für ihn kämpfen. Er müßte sich schäbig vorkommen. Deswegen sind wir zuversichtlich, daß Genosse H.F. seinen Standpunkt ändern wird.

EINE NEUE PARTEIZELLE
oooooooooooooooooooooooooo

"Die Mitglieder der neugegründeten MLPÖ-Zelle in K. wünschen der 'Roten Fahne' zum 10. Jahrestag ihres Erscheinens weitere große Erfolge. Wir verpflichten uns, der stärkeren Verbreitung unseres Zentralorgans größte Aufmerksamkeit zu schenken und für regelmäßige Korrespondenz mit der Redaktion zu sorgen."

SIE SOLLEN ES WISSEN ...
oooooooooooooooooooooooooo

"Mehrere Jahre lang habe ich der KPÖ-'Volksstimme' Leserbriefe geschickt. Viele haben sie überhaupt nicht veröffentlicht, andere derartig vermasselt (revisionistisch 'ausgerichtet'), daß ich mich direkt schämen mußte für den Inhalt. Vor einiger Zeit habe ich mit dieser Schreiberei aufgehört, denn ich habe gemerkt, daß ich den Revisionisten nur helfe, sich als 'Linke' aufzuspielen, wenn ich versuche, in ihrer Zeitung ein paar revolutionäre Gedanken unterzubringen. Jetzt kol-

portiere ich die 'Rote Fahne', die aber viel öfter erscheinen müßte, damit man damit systematischer arbeiten kann.

Den Herren Scharf und Kalt (von dem Schleimscheißer M. garnicht zu reden) ist es nicht gelungen, mich 'katholisch zu machen'. Ich lege Euch den Brief bei, in dem sie mir ihr 'Bedauern' ausdrükken, daß ich die Verbindung mit ihrem Haufen abgebrochen habe. Auf eine Diskussion haben sie sich, wie Ihr seht, garnicht eingelassen. Wahrscheinlich sind sie sogar froh, mich losgeworden zu sein, denn sie haben es nicht gern, wenn man ihnen auf die revisionistischen Hühneraugen tritt.

Ihr könnt alles, auch den Brief, abdrucken - mit vollem Namen, ich fürchte mich nicht. Sie sollen wissen, daß der alte G... immer noch aktiv ist."

F.G.

Einem Parteibeschluß folgend hat die Redaktion der "Roten Fahne" schon vor längerer Zeit beschlossen, grundsätzlich keine Namen von Mitarbeitern, Aktivisten oder Lesern (und schon garnicht Adressen) mehr zu veröffentlichen. Wir halten es für einen großen Fehler und für eine Erleichterung der Tätigkeit des Feindes, daß wir dieses Prinzip nicht von Anfang an befolgt haben.

DAMIT AUCH IHNEN DER KNOPF AUFGEHT

"Mit der Schreibweise der 'Roten Fahne' bin ich ganz einverstanden. Nur so und noch schärfer gehören sie angefaßt, die verschiedenen Lackaffen der Imperialisten. Daß das Kapital unser Feind ist, weiß sowieso jeder Arbeiter, der ein bißchen Hirn hat. Aber über die KP-Revisionisten gibt es immer wieder ganz falsche Vorstellungen, sogar unter sonst recht vernünftigen Leuten. Da müssen wir ständig argumentieren, Beweise bringen, die Wahrheit zeigen - bis auch den Gutgläubigsten der Knopf aufgeht."

J.W.

SEIT ACHT VON ZEHN JAHREN

"Seit acht von den zehn Jahren lese ich die 'Rote Fahne'. Ihre Richtung ist mein Ideal. Obwohl ich das einzige Parteimitglied hier im Werk bin, habe ich acht Abonnenten geworben und die zwei Zeitungen, die ich plakatiere, werden sehr gerne und von vielen Menschen gelesen. Es tut mir leid, daß ich die RF finanziell nicht besser unterstützen kann. Mein Lohn ist aber unter dem offiziellen Existenzminimum und wegen der Kinder bin ich der einzige Verdiener. Aber im nächsten Monat könnt Ihr wieder mit 100 Schilling rechnen."

N.L.

LOB IST GUT, HELFENDE KRITIK IST BESSER

"Ich bin tief beeindruckt von dem kämpferischen Geist, dem Mut und der Wahrheitsliebe, die Eure 'Rote Fahne' vorrangig auszeichnen. Euer konsequent revolutionärer Standpunkt, Euer ehrliches Bemühen, dem österreichischen Proletariat beispielgebend voranzuschreiten, Euer unerbittlicher Kampf gegen Imperialismus und Monopolkapitalismus und Eure Verachtung der Sumpfblüte des modernen Revisionismus sind bewunderungswürdig.

Ich danke Euch dafür, daß Ihr meine Zuversicht gestärkt habt.

Natürlich hätte ich zu einigen Ausführungen kritische Bemerkungen zu machen, die ich mir, soferne Ihr an einer Diskussion interessiert seid, für später aufsparen möchte."

J.G.

Selbstverständlich sind wir an jeder vernünftigen, der Verbesserung unserer Arbeit dienenden Diskussion sehr interessiert, sei sie schriftlich oder - noch besser - mündlich. Auch wenn wir offen sagen, daß wir auf die Unterstützung durch gelegentliche Worte des Lobes und der Anerkennung nicht verzichten wollen, sollte die sachliche, helfende Kritik den Vorrang haben. Daher wäre es - auch zum 10. Jahrestag - besser gewesen, zu schreiben: Hier habt Ihr meine Kritik, das Lob spare ich mir für eine spätere Gelegenheit auf.

Um den

SONDERDRUCK

der "Roten Fahne" mit dem Aufruf des ZK der MLPÖ zum Kampf gegen Teuerung und Inflation - der auch der vorliegenden Ausgabe beiliegt - in der erforderlichen hohen Auflage drucken zu können, haben wir unsere Papiervorräte und unser Budget extrem belasten müssen. Trotzdem soll der Umfang der kommenden Nummern der "Roten Fahne" nicht eingeschränkt werden und wollen wir die Zahl der RF-Ausgaben im heurigen Jahr wieder auf 12 heben. Das ist möglich, wenn uns unsere Leser und Freunde durch verstärkte finanzielle Unterstützung dabei helfen.

Darum unsere Bitte: Vergeßt nicht auf Spenden für den RF-Notfonds! Helft uns auch bei der Deckung der 15.000 S Strafe und Verfahrenskosten, zu der uns die Klassenjustiz verurteilt hat! Zahlt bitte gewissenhaft die fälligen Abo-Gebühren! Wir sind auf jeden Groschen angewiesen!

DIE REDAKTION

Je mehr Leser uns Kommentare und Stellungnahmen zu wichtigen politischen Fragen und Ereignissen senden, um so interessanter wird unsere Zeitung sein!

FÜR DEN RF-NOTFONDS

"Als kleinen Beitrag zum 10. Geburtstag der 'Roten Fahne' verpflichte ich mich freiwillig zu einer regelmäßigen Beitragsleistung von 30 Schilling monatlich für den RF-Notfonds."

K.N.

WIR WOLLEN WIEDER WAS TUN

"1965 bin ich aus der KPÖ ausgetreten, eigentlich hinausgeekelt worden. Schon damals haben sie mich einen 'Stalinisten', 'Dogmatiker' und 'Chinesenfreund' geheißen. Dabei war ich mir garnicht klar, was eigentlich gespielt wurde. Ich habe nur offen gesagt, daß allerhand stinkt in der Partei.

Acht Jahre habe ich politisch nichts gemacht, dann habe ich von der MLPÖ gehört und die RF bestellt. Ich habe auch ein paar Freunde, lauter alte Genossen, die mitlesen und mit dem meisten auch einverstanden sind. Im Grunde wollen sie auch wieder was tun und wie-

der einsteigen. Nur möchten sie von der Partei halt schon mehr sehen und brauchen wem, der sie mitreißt."

L. M.

NICHT EINTÖNIG SEIN, ABER
oooooooooooooooooooooooooooooo
RICHTIGES DENNOCH IMMER
ooooooooooooooooooooooooooooooooo
WIEDER SAGEN
oooooooooooooooo

"Man darf den Gegner nie unterschätzen. Darum darf man auch nicht die Augen davor zumachen, daß die 'K'PÖ in letzter Zeit an einigen Stellen Boden gewonnen und unzufriedene Arbeiter auf ihre Seite gezogen hat, einfach weil keine andere organisierte Kraft zur Stelle war und diesen Arbeitern infolge der bürgerlichen Propaganda die 'K'PÖ als revolutionär erscheint.

Ich möchte die 'Rote Fahne' an die großen Aufgaben erinnern, die sie in bezug auf diese Arbeiter hat. Früher wurde auf diesem Gebiet mehr gemacht als in letzter Zeit. Es sieht so aus, als ob die Redaktion Angst hätte, sich zu wiederholen und das, was sie früher schon an Richtigem geschrieben hat, jetzt als schon bekannt voraussetzen wollte.

Aber wer ist denn schon seit 10 Jahren Abonnent? Und wenn er es gewesen sein sollte: hat er denn alles ganz begriffen und klar in Erinnerung? Das ist unwahrscheinlich.

Mir braucht man nicht zu erzählen, was aus der früher einmal wirklich revolutionären KPÖ geworden ist, wie sie von den Revisionisten zugrundegerichtet worden ist. Aber ich weiß auch, daß es dort immer noch - oder teilweise schon wieder - ehrliche Genossen gibt, die nicht schlecht sind, denen es aber an Wissen und Erfahrungen fehlt und um die man sich mehr kümmern sollte, ich

REKORDE DES SCHMAROTZERTUMS

Nachdem die offiziell ausgewiesenen Profite der großen imperialistischen Erdölmonopole in den vergangenen Jahren immer neue Rekorde erreicht hatten, liegen nun auch einige Ziffern über ihre weitere Profitsteigerung im ersten Viertel 1974 vor. Es handelt sich, wohlgemerkt, um die eigenen, aus steuerlichen Gründen natürlich heruntermanipulierten Angaben der betreffenden Monopolgesellschaften selbst:

Danach hat die größte Ölgesellschaft unter den berüchtigen "Big Seven" (Großen Sieben), die amerikanische Exxon Corp. (Esso usw.) allein in diesem Vierteljahr 705 Millionen Dollar (etwa 14.000 Mio S) Profite verbucht und damit eine weitere Profitsteigerung von 38,8 Prozent gegenüber dem 1. Viertel 1973 erreicht. Dabei ist jedoch eine buchhalterische Manipulation unberücksichtigt, die rund 400 weitere Millionen Dollar wegzauberte, sodaß sich in Wahrheit zumindest 1,1 Milliarden Dollar (rund 20 Mld. S) Vierteljahresprofite ergeben bzw. eine Profitsteigerung von etwa 118 Prozent gegenüber dem 1. Viertel 1973.

Die Texaco weist für die ersten drei Monate des heurigen Jahres Profite von 589 Millionen Dollar (11.500 Millionen S) und damit ein Rekord-Ergebnis von 123,2 Prozent Steigerung aus.

Bei der Mobil Oil beträgt die Profitexplosion im 1. Viertel 1974 gegenüber dem Vorjahr 66 Prozent, bei der Gulf Oil 76 Prozent, bei der Standard Oil of Indiana 81 Prozent und so weiter.

Bei diesen Prozentzahlen darf nicht vergessen werden, daß sie auf der Basis der bereits ins Gigantische gestiegenen Profite der Jahre 1972/73 errechnet sind. Exxon hatte z. Bsp. schon von 1972 auf 1973 runde 60 Prozent Gewinnsteigerung gebucht, die Mobil Oil 47 Prozent, die Texaco "nur" 45 Prozent, womit sie quasi das "Schlußlicht" bildete. Nach einer Untersuchung der Chase Manhattan Bank vom April 1974 wiesen die Profite der 30 größten amerikanisch kontrollierten Ölgesellschaften im Laufe des Jahres 1973 eine durchschnittliche Steigerung von 71 Prozent auf, wobei die US-Imperialisten darauf verweisen, daß einzelne nichtamerikanische Ölgesellschaften aber noch besser abgeschnitten hätten: Die englisch-holländische Shell hat ihre Profite im Jahr 1973 nämlich von 282 auf 730 Millionen Pfund Sterling gesteigert, also auf mehr als das Zweieinhalbfache (+ 159 %!) hinaufgetrieben, während die British Petrol (BP) mit nahezu einer Vervierreinhalbfachung (+ 341 %) der Profite binnen Jahresfrist den internationalen Rekord erzielte.

Der parasitäre Charakter aller dieser Traumgewinne geht besonders aus der Tatsache hervor, daß sie bis zum Siebenunddreißigfachen der Produktionskosten betragen, wie der Leiter der US-Energiebehörde, John Sawhill, vor kurzem mitteilte. Doch auch diese Feststellung bleibt offensichtlich hinter der Wahrheit noch zurück, denn Sawhill gab zugleich zu, daß die Produktionskosten in manchen Fällen lediglich 10 Cent pro Barrel (159 Liter), also knapp über einen Groschen pro Liter betragen.



meine mit Aufklärung, Information etc. Ihnen muß man auch die Geschichte der RF, der MLPÖ usw. klarmachen und soll sich nicht genieren, Dinge zu wiederholen, welche ein alter Genosse vielleicht längst kennt, nicht aber ein junger und ein neuer.

Der 'Roten Fahne' kommen in dieser Hinsicht sehr wichtige Aufgaben zu, das dürft Ihr nicht übersehen. Das ist mein Wunsch und meine Ermahnung zum 10. Jahrestag des Erscheinens."

B.K.

Die Redaktion hält diese Kritik nicht nur für sehr treffend und richtig, sondern für die ganze weitere Redaktionsarbeit von größter Bedeutung. Wir müssen noch viel besser lernen, gewisse Dinge immer wieder zu sagen, aber so, daß sie eben nicht als ewige Wiederholungen erscheinen, sondern neue Seiten des Problems zeigen, es an neuen Beispielen illustrieren, das Verständnis allseitiger machen und vertiefen. Wir versprechen, daß wir die Kritik des Genossen B.K. noch gründlich überdenken und durchdiskutieren werden.

Was die bisherige Geschichte der RF bzw. der MLPÖ betrifft, sind auf Grund der Diskussionen zum 10. Gründungstag der RF wertvolle Materialien gesammelt worden, die auch in entsprechenden RF-Artikeln ihren Niederschlag finden werden. ●

ZUR UNO-VOLLVERSAMMLUNG ÜBER ENTWICKLUNGS- UND ROHSTOFFPROBLEME

Ein schwerer Schlag gegen Imperialismus und Hegemonismus

Die außerordentlich interessante und in ihren Beschlüssen epochemachende Sonder-Vollversammlung der UNO über Entwicklungs- und Rohstoffprobleme, die Anfang Mai ihre Beratungen nach mehr als dreiwöchiger Arbeit schloß, ist von der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, aber auch von den KP-Revisionisten, nur mit Unlust erwähnt, ja mit unverkennbarem Ärger und Zorn abgefertigt worden. Umso wichtiger ist es für die fortschrittlich und antiimperialistisch orientierte Öffentlichkeit, sich mit diesem wichtigen internationalen Ereignis bekannt zu machen.

Zum erstenmal in der fast dreißigjährigen Geschichte der Vereinten Nationen wurde für den April 1974 eine Sonder-Vollversammlung der UNO einberufen, die sich mit dem "Studium der Probleme der Rohstoffe und der Entwicklung" beschäftigen und entsprechende Beschlüsse fassen sollte. Eine solche Konferenz war seit langem von vielen Ländern der Dritten Welt verlangt worden, aber am Widerstand insbesondere der Supermächte gescheitert. Jetzt, nach den Erfahrungen mit dem Öl-Embargo und angesichts der zunehmenden Entschlossenheit der Entwicklungsländer, sich im Kampf gegen imperialistische Ausplünderung enger zusammenzuschließen und die erforderlichen Maßnahmen notfalls auch ohne die UNO zu ergreifen, kam der ganze Themenkomplex endlich auf die Tagesordnung einer besonderen Vollversammlung. Sie tagte vom 9. April bis 2. Mai 1974 unter Teilnahme von mehr als 100 Ländern, darunter zahlreiche Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder aus Entwicklungsländern.

DIE AUSPLÜNDERUNG DER DRITTEN WELT HAT SICH VERSCHÄRFT

Während der sich über drei Wochen erstreckenden Tagungen ergriffen die Sprecher der Entwicklungsländer einer nach dem anderen das Wort und prangerten an Hand eindringlicher Beispiele und Fakten die Tatsache an, daß trotz Erringung der politischen Unabhängigkeit durch viele Länder deren wirtschaftliche Ausbeutung und Ausplünderung durch Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, durch die großen imperialistischen Monopolgesellschaften und insbesondere durch die beiden Supermächte, die auch vor direkten Einmischungen, Pressionen und Drohungen nicht

VERSCHÄRFTE AUSBEUTUNG DURCH INFLATIONSPOLITIK

"... ist in diesem Zusammenhang auch zu berücksichtigen, daß seit dem 2. Weltkrieg die Erlöse aus den vorwiegend von den Entwicklungsländern exportierten Rohstoffen regelmäßig von den Preissteigerungen der Industriegüter übertroffen worden sind. Die Entwicklungsländer mußten mehr ausführen, um gleich viel einführen zu können: Export von mehr Bananen, Kakao, Kupfer, Öl usw., um dasselbe Industrieprodukt zu erhalten. Es fand für die Entwicklungsländer zwischen 1950 und 1970 eine kontinuierliche Verschlechterung der Austauschbedingungen (Terms of Trade) statt. Die Öl- und anderen Rohstoffkosten sind nun zwar sprunghaft angestiegen, haben aber im Verhältnis zu den Kosten der Industrieprodukte erst wieder etwa den Stand von 1950 erreicht."

"Neue Zürcher Zeitung" vom 17. März 1974

zurückschrecken, unvermindert weitergeht, ja sich noch weiter verschärft hat. Das umfangreiche Material an Fakten und Zahlen, das die einzelnen Delegierten der Entwicklungsländer vorlegten, ist alarmierend. Um nur einige wenige Beispiele zu zitieren:

Der Vertreter Sierra Leones, eines Exportlandes von Eisenerz, wies nach, daß der Preis, den sein Land für das Roherz erhält, seit Jahren unverändert geblieben ist, während in der selben Zeitspanne der Preis für importierten Walzstahl auf fast das Dreifache gesteigert wurde.

Der Vertreter Ghanas legte folgende Zahlen vor: 1954 hat sein Land für 210.000 t exportierte Kakaoprodukte 85,5 Millionen Pfund Sterling erhalten - ein Jahrzehnt später dagegen für eine Menge von 590.000 t insgesamt nur noch 77 Millionen Pfund Sterling erlöst. In diesem gleichen Jahrzehnt aber hat sich der Preis z.Bsp. für einen importierten 5-Tonnen-Lastwagen auf rund das Zehnfache erhöht.

Der Vertreter Zaires schilderte, wie sein Land von den internationalen Monopolgesellschaften sogar gezwungen wurde, den Lieferpreis für Kupfer mehrmals zu senken, während die Preise der eingeführten Fertigwaren sprunghaft anstiegen.

Der Vertreter Kameruns brachte folgende Zahlen: Für 104.700 t exportierte Kakaoprodukte erlöste sein Land im Wirtschaftsjahr 1970/71 rund 18 Mld. Franc CFA; im Jahr 1971/72 dagegen für eine auf 112.700 t gesteigerte Exportmenge insgesamt nur mehr 16 Mld. Franc CFA.

Viele andere Diskussionsbeiträge ergaben das gleiche Bild: Während die Preise für Rohstoffe, Mineralien und landwirtschaftliche Produkte, welche die Entwicklungsländer exportieren, jahrelang "eingefroren" waren oder zum Teil sogar drastisch heruntergedrückt wurden, stiegen die Preise für Fertigwaren, welche die entwickelten Länder verrechneten, auf das Doppelte bis Zehnfache.

Schon vor Jahren wurde errechnet, daß auf die Entwicklungsländer, in denen fast Dreiviertel der Bevölkerung der Erde lebt, weniger als ein Drittel des Welteinkommens entfällt. Inzwischen ist die Rohstoffproduktion in diesen Ländern ausgebaut, zum Teil sogar beträchtlich erhöht worden, aber zugleich ist auch die Verelendung dieser Länder fortgeschritten und ihr in Geld ausgedrückter Anteil am Welthandel von 21,3 Prozent im Jahre 1960 auf 17,6 Prozent im Jahre 1970 zurückgegangen! Mit anderen Worten, die Ausbeutung und Ausplünderung dieser Länder wurde noch weiter verschärft, der ungleiche Austausch zwischen ihnen und den entwickelten Ländern ist noch ungleicher geworden, die Kluft zwischen armen und reichen Ländern in der Welt verbreitert und vertieft.

So ist nur allzu verständlich, daß die Länder der Dritten Welt zur UNO-Sondertagung mit der entschiedenen Forderung nach einer radikalen Änderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die auf Ungleichheit, Bevormundung und Ausbeutung beruhen, kamen und unverzügliche Schritte in Richtung einer "neuen internationalen Wirtschaftsordnung" verlangten. Die kämpferische Entschlossenheit und vor allem die Einmütigkeit, mit der sie ihre Forderungen vertraten, war insbesondere für die beiden Supermächte eine böse Überraschung und widerspiegelt eindrucksvoll die tiefgreifenden Veränderungen, die in der internationalen Arena vor sich gehen. Die Einberufung, der Verlauf und die Beschlüsse der Sondervollversammlung der UNO über Entwicklungs- und Rohstoffprobleme sind eine machtvolle Bestätigung der Richtigkeit der Feststellung des Genossen Mao Tsetung, daß die internationale Lage ausgezeichnet ist und sich weiter zugunsten der um ihre Befreiung kämpfenden Klassen und Völker entwickelt.

FÜNFUNDNEUNZIG LÄNDER GEGEN IMPERIALISMUS, NEOKOLONIALISMUS UND HEGEMONISMUS

Die UNO-Sondertagung war von den Entwicklungsländern gründlich und umsichtig vorbereitet worden. Im März fanden sich die Vertreter von 77 Entwicklungsländern zu Beratungen zusammen, um die Entwürfe der Dokumente zu erarbeiten, die der UNO-Vollversammlung zur Diskussion und Beschlußfassung unterbreitet werden sollten. Diese Dokumente, erstens der Entwurf einer "Deklaration über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" und zweitens der Entwurf eines "Aktionsprogramms", kamen auf der Sondertagung nach Abschluß einer mehrtägigen allgemeinen Debatte am 15. April zur ersten Lesung und bestimmten faktisch den gesamten Inhalt der weiteren Beratungen. Im Verlauf der Diskussion gewannen diese Dokumente nach geringfügigen Änderungen auch die Zustimmung von 18 weiteren Delegationen, sodaß sie sich schließlich auf die Unterstützung von 95 Ländern, praktisch sämtlicher Entwicklungsländer mit rund 70 Prozent der Weltbevölkerung, stützen konnten.

Naturgemäß stießen beide Dokumente bzw. die in ihnen enthaltenen antiimperialistischen Standpunkte und Forderungen insbesondere bei den zwei Supermächten auf einen heftigen und hinhaltenden Widerstand. Diejenigen, welche die UNO jahrelang als ihre bloße Abstimmungsmaschine mißbraucht und mit Hilfe ihrer Quislinge in den abhängigen Ländern rücksichtslos ihre egoistischen Interessen durchgesetzt hatten, klagten jetzt plötzlich über die "Intransigenz" der Entwicklungsländer, die von ihrer überwiegenden Majorität angeblich unzulässigen Gebrauch machten.

WER FÜTTERT DENN WEN ?

Was die Vertreter des US-Imperialismus unter Führung Kissingers betrifft, versuchten sie zunächst, die Entwicklungsländer mit Phrasen darüber abzuwehren, daß die Wirtschaft aller Länder "Teil eines großen Ganzen", nämlich der "Weltwirtschaft" sei, in der "jeder von jedem abhänge" (interdependence), also alle auf einem gemeinsamen Ast säßen, im gleichen Boot sitzen udgl. - Phrasen, die man ja zur Genüge auch aus der Innenpolitik der kapitalistischen Länder kennt. Doch die Sprecher einiger Entwicklungsländer gingen mit diesen demagogischen Redensarten sogleich energisch ins Gericht. Wer ist denn von wem abhängig, wer füttert denn wen? - griffen sie das Argument auf und gaben darauf die unwiderlegbare Antwort, daß der Reichtum der imperialistischen Länder aus der Ausbeutung stammt und nicht die Dritte Welt vom Imperialismus und von den Supermächten abhängt, sondern umgekehrt.

Unter anderem legte der Sprecher des kleinen Öl-Landes Quatar dar, daß von jedem Dollar, den ein Konsument in den Hauptimportländern für irgendwelche Erdölprodukte bezahlt, die Produzentenländer weniger

als ein Zehntel erhalten, während mehr als 90 Prozent dieses Dollars in die Taschen der imperialistischen Monopolgesellschaften und in die Staatskassen der Importländer fließen.

Der Sprecher des Irak erklärte, daß die sieben großen multinationalen Ölgesellschaften der Imperialisten allein im Jahre 1973 über 8.000 Millionen Dollar Profite verbuchten, was die Summe ihrer gesamten Investitionen im Mittleren Osten während der 16 Jahre von 1954 bis 1970 gewaltig übersteigt.

H. Boumedienne, der algerische Präsident, legte Zahlen vor, aus denen sich ergibt, daß die ausländischen Monopolisten in den fünf Jahren von 1965 bis 1970 aus den Entwicklungsländern zumindest 23.000 Millionen Dollar an Profiten herausgeholt haben.

Diese und andere Fakten zusammenfassend, stellte der Außenminister der VR Albanien, Genosse Nesti Nase, unter großem Beifall fest, daß die Imperialisten, insbesondere die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten, niemals auch nur einen Dollar oder Rubel an "Hilfe" gegeben haben, ohne aus den "unterstützten" Ländern ein Vielfaches an Profiten, politischen und militärischen Konzessionen oder anderen Vorteilen herausgequetscht zu haben.

Auch von der verlogenen Darstellung, daß die Entwicklungsländer durch ihre Forderungen das Weltwährungssystem in Unordnung brächten und die Inflation in den kapitalistischen Ländern anfachten, wenn nicht sogar überhaupt verschuldeten, ließen die Sprecher der Entwicklungsländer kein Wort unwiderlegt. Auf Grund unbestreitbarer Tatsachen wiesen sie nach, daß die imperialistischen Länder schon jahrelang eine immer hemmungslosere Inflationspolitik betrieben, die schließlich im Jahre 1973 eine Durchschnittsrate von 12 Prozent erreichte, während die Preise, welche die Entwicklungsländer für ihre exportierten Rohstoffe erhielten, immer noch "eingefroren" waren. Die Entwicklungsländer sind also nicht die Urheber der fortschreitenden Zerrüttung des kapitalistischen Weltwährungssystems, sondern die Manipulationen der imperialistischen Mächte, vornehmlich der USA, auf dem Währungssektor waren und sind gerade eines der Mittel zur verschärften Ausplünderung sowohl des eigenen als auch der anderen, wirtschaftlich schwächeren Völker. Die Inflation in der kapitalistischen Welt ist nicht Folge der Preispolitik der Entwicklungsländer, sondern umgekehrt. Wollen sie nicht weiter die Opfer und die Gerupften der von den imperialistischen Mächten betriebenen Inflationspolitik sein, so müssen sich die Entwicklungsländer zur Wehr setzen, unter anderem auch durch Erzwingung angemessener Preise für ihre Exporte.

DAS RECHT AUF VERSTAATLICHUNG SOWIE DAS RECHT AUF ZUSAMMENSCHLUSS VON LÄNDERN MIT GLEICHEN INTERESSEN IST UNVERÄUSSERLICHER BESTANDTEIL DER SOUVERÄNITÄT

Ein besonderer Dorn im Auge war den Imperialisten unter Führung der USA das im Resolutionsvorschlag der Entwicklungsländer unterstrichene Recht jedes Staates, uneingeschränkte Kontrolle über seine Bodenschätze und Naturreichtümer auszuüben und gegebenenfalls Verstaatlichungen vorzunehmen. Die Vertreter des US-Imperialismus behaupteten, daß eine solche Entschließung unter Umständen "internationales Recht" verletzen könne und daher verworfen werden müsse. Doch ein Sprecher der Entwicklungsländer wies unschwer nach, daß dieses von den USA reklamierte sogenannte "internationale Recht" nichts anderes ist als der juristische Niederschlag der alten kolonialistischen und halbkolonialistischen Beziehungen, die beseitigen zu helfen eben der Zweck der Tagung sei.

Ein anderer Punkt, mit dem sich die US-Imperialisten um keinen Preis abfinden wollten, war die Betonung des Rechtes der Entwicklungsländer, sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen und zu organisieren. Nicht einmal vor offenen Drohungen und Einschüchterungsversuchen scheuten die US-Imperialisten zurück, um diesen Punkt zu Fall zu bringen. Sollte er angenommen werden, drohten sie, würde das "ernste Konsequenzen" haben; die Entwicklungsländer sollten sich hüten, gewisse "Grenzen zu überschreiten". Mit einem Wort, wenn sich die Monopolkapitalisten zur Ausbeutung der ganzen Welt zusammenschließen und organisieren, so wäre das recht und billig, aber wehe, wenn sich die Betroffenen gegen diese Monopole und gegen die Ausbeutung organisieren, dann setzt es "ernste Konsequenzen".

DIE DURCHSICHTIGEN MANÖVER DER SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISTEN

Die Vertreter der sowjetischen Sozialimperialisten hatten es auf der UNO-Konferenz in mancher Beziehung noch schwerer als die amerikanischen Imperialisten, denn sie wollten das Kunststück zustandebringen, den Anträgen der Entwicklungsländer alle Zähne auszureißen und sie in leere Deklarationen zu verwandeln, zugleich aber als "traditionelle Freunde und Helfer" der Entwicklungsländer aufzutreten. Dementsprechend warteten sie mit einer Fülle von Abänderungs-, Vermittlungs- und Verwässerungsvorschlägen auf und hielten endlose Predigten über die Erfordernisse der "Entspannung", "Verständigung", "Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen" und so fort. Die "Hauptvoraussetzung" zur Lösung aller Fragen sei die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt, dozierte die sowjetische Delegation in allen Variationen, und zog daraus den Schluß, die Beschlüsse der Konferenz müßten den Zielen der "Entspannung", der "friedlichen Koexistenz" usw. entsprechen bzw. untergeordnet werden. Im Grunde wollten sie damit haargenau das selbe erreichen wie die US-Imperialisten mit ihren Phrasen von "Interdependence" und internationaler Partnerschaft - nämlich alles beim alten zu belassen. Treffend antwortete der Sprecher Anzanias der sowjetischen Delegation, daß es auf der Konferenz darum gehe, die Unterentwicklung der Dritten Welt, die eine Folge des Kolonialsystems und ein Resultat der imperialistischen Ausbeutung ist, zu beseitigen, also darum "die permanente Koexistenz von Armut und Überfluß, von Entwicklung und Unterentwicklung" aufzuheben.

Wie ein Sprecher der Sowjetrevisionisten ausführte, werde seine Regierung niemals bereit sein, das "falsche Konzept der Einteilung der Welt in 'arme' und 'reiche' Länder" zu akzeptieren; solche Bezeichnungen müßten überhaupt unterlassen werden, es gelte vielmehr, "den Interessen aller Staaten vollständig zu entsprechen". Das ist aber nichts anderes als die demagogisch verpackte Wiederholung der kolonialistischen Logik, die "Interessen" der Imperialisten und speziell der Supermächte, andere Länder auszubeuten und in Abhängigkeit und Rückständigkeit zu halten, müßten in alle Ewigkeit gewahrt bleiben.

Für den kämpferischen Charakter des Auftretens der erwachenden Länder der Dritten Welt war in diesem Zusammenhang kennzeichnend, daß sie die Forderung der Sowjetdelegation nach "Reziprozität" (Gegenseitigkeit) der Zugeständnisse energisch zurückwiesen und auf der Anerkennung des Prinzips der "Nicht-Reziprozität" in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen entwickelten und Entwicklungsländern bestanden, um die Kluft zwischen armen und reichen Ländern nicht noch weiter aufreißen zu lassen, sondern Schritt für Schritt zu schließen.

Ein Beispiel dafür ist unter anderem die Forderung der Entwicklungsländer, die Zollbelastung gewisser von ihnen exportierter Produkte in den Industrieländern generell zu senken, ohne daß die Entwicklungsländer auch ihrerseits die Einfuhrzölle im reziproken Verhältnis senken müßten. Die Richtigkeit und Notwendigkeit dieses Standpunkts leuchtet unschwer ein. Würde zum Beispiel bei Zollvereinbarungen oder anderen Vereinbarungen im internationalen Handel das von den Imperialisten und speziell vom sowjetischen Sprecher auf der UNO-Konferenz geforderte Prinzip der "Reziprozität" - übrigens die direkte Übertragung des heuchlerischen "Gleichheits"-Prinzips der bürgerlichen Demokratie, des "gleichen Rechts" für Millionäre und Bettler, auf die Ebene der internationalen Wirtschaftsbeziehungen - weiter wie bisher angewandt, so würden die armen und schwachen Länder unvermeidlich noch abhängiger, würde die Entwicklung ihrer Wirtschaft noch einseitiger und der Gegensatz zwischen armen und reichen Ländern in der Welt noch krasser.

Wie sehr es den sowjetischen Sozialimperialisten darum geht, die bestehenden Verhältnisse der Ausbeutung, Ungleichheit und Abhängigkeit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten, wurde besonders bei ihrem Antrag deutlich, aus dem Titel der vorgeschlagenen "Deklaration über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" das Wort "neu" zu streichen und durch das Wort "stabil" zu ersetzen. In gleicher Richtung zielte auch ihr Antrag, im Dokument sollte es nicht heißen, die Loslösung vieler Länder aus kolonialer Herrschaft und fremder Domination sei "die größte und bedeutendste Errungenschaft der letzten Jahrzehnte", sondern man solle davon lediglich als "einer" großen Errungenschaft sprechen. In ihrem Bestreben, alles zu verwässern, gingen die sowjetischen Sozialimperialisten sogar so weit, durch einen ihrer Satelliten zu verlangen, man sollte überhaupt nicht von "entwickelten Ländern" einerseits und "Entwicklungsländern" andererseits sprechen, sondern statt dessen den summarischen Passus "alle Länder" verwenden.

Als sie mit all diesen Versuchen, die vorliegenden Resolutionsentwürfe für sich selbst und für die US-Imperialisten ungefährlich zu machen, gründlich durchfielen, gerieten sie in Zorn, griffen zu einer drohenden Sprache und zeterten gegen angebliche "antisowjetische" Tendenzen. Hinter den Kulissen versuchten sie, einige Entwicklungsländer unter Druck zu setzen und einzuschüchtern. Ein afrikanischer Vertreter, den sie in einer Tagungspause aufgefordert hatten, seinen Kollegen zu raten, sich aller "Angriffe gegen die Sowjetunion" zu enthalten, antwortete darauf mit einem Diskussionsbeitrag, in dem betont wurde, daß die afrikanischen Staaten als souveräne Staaten das Recht für sich in Anspruch nehmen, zu sagen, was sie für richtig halten. Und selbst der Delegierte eines so kleinen Landes wie Äquatorial-Guinea mit nicht mehr als 300.000 Einwohnern unterstrich mit Entschiedenheit, daß jegliche Art von Unterordnung eines Landes unter ein anderes, jede Form der Abhängigkeit und Einmischung, sei sie politischer oder ökonomischer Natur, scharf zurückgewiesen werden müsse.

Zuletzt versuchten es die sowjetischen Sozialimperialisten sogar mit offenkundiger Obstruktion. Sogar der 1. Mai mußte dazu herhalten. Mit dem Argument, am Weltfeiertag der Arbeit könnten sie an keiner Sitzung teilnehmen und danach hätten sie bereits Terminschwierigkeiten (die Beendigung



der Konferenz war ursprünglich für den 29. April vorgesehen), nahmen sie Kurs auf einen Abbruch der Konferenz ohne Beschlußfassung, ein Plan, mit dem auch die US-Imperialisten heftig liebäugelten. Doch sie hatten auch diesbezüglich keinen Erfolg.

DIE TRAURIGE ROLLE KIRCHSCHLÄGERS ALS ADVOKAT DER IMPERIALISTEN UND HEGEMONISTEN

Daß die beiden Supermächte mit allen Mitteln versuchen würden, den Entschließungen der UNO-Versammlung alle gegen den Imperialismus und den Hegemonismus gerichteten Spitzen abzubrechen, war vorauszusehen. Man kann nicht erwarten, daß sich die beiden größten internationalen Ausbeuter bereit zeigen, am Kampf gegen imperialistische und hegemonistische Bestrebungen teilzunehmen oder sich diesem Kampf gegenüber gleichgültig zu verhalten. Wie ist es aber mit einem so kleinen, vergleichsweise schwachen, in seiner wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit sogar von drei Seiten bedrohten Land wie Österreich? Nicht nur auf grund seiner "Neutralität" und Blockfreiheit, sondern vor allem wegen seiner Stellung am unteren Rande der Zweiten Welt müßte Österreich - so sollte man denken - an der Seite jener Länder stehen, die gegen imperialistische Bevormundung und Domination, für die Erhaltung und Festigung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gerade auch der kleinen und schwachen Länder kämpfen.
Das Gegenteil war der Fall. Die Vertreter Österreichs, der Außenminister Kirchschläger und der österreichische UNO-Botschafter Jankowitsch, schlugen sich unmißverständlich auf die Seite des Imperialismus und der Supermächte!
Schon in einem der "AZ" vom 6. April gegebenen Interview "machte Botschafter Jankowitsch keinen Hehl daraus, in welcher Interessengruppe Österreich auf der bevorstehenden Konferenz steht", nämlich auf der Seite der Imperialisten und Kolonialisten. Genau wie die Sprecher der Supermächte verlangte Jankowitsch in diesem Interview: "In der Weltwirtschaft sind wir alle Partner. Es kann hier keine Mehrheitsbildung geben" - mit anderen Worten, beschlossen dürfe nur werden, was auch den größten imperialistischen Räubern und Schmarotzern als tragbar erscheint.

Ganz im selben Sinn äußerte sich Kirchschläger über den Standpunkt, den er am 22. April seinen Ausführungen in der UNO-Vollversammlung zugrundegelegt hatte, in einem AZ-Gespräch (24.4.74): Er halte alle drei Hauptforderungen der Entwicklungsländer - nämlich volles Kontrollrecht über die eigenen Naturreichtümer bis hin zur Verstaatlichung, Recht auf Zusammenschluß zur Wahrung ihrer Interessen, sowie Festsetzung von gerechten Preisrelationen zwischen Rohstoff- und Fertigwarenpreisen - für "nicht geeignet", erklärte Kirchschläger, wobei er gegen das Recht auf Verstaatlichung ebenso wie Kissinger unter Berufung auf die "Grundsätze des Völkerrechts" polemisiert, vor den "Folgen" eines engeren Zusammenschlusses der Entwicklungsländer warnt und eine "Bindung zwischen Industriegüter- und Rohstoffpreisen" als "schwer durchführbar" ablehnt.
Angesichts einer solchen eindeutig proimperialistischen Grundhaltung kann man sich vorstellen, wie die "Vermittlungs"-Vorschläge aussehen, die Kirchschläger und Co. an die Stelle der klaren und gerechten Forderungen der Entwicklungsländer setzen wollten und welche das Zentralorgan der SPÖ als Übertragung der "Sozialpartnerschaft" auf internationales Gebiet anpries.

"DA STEHST DU MACHTLOS DA - DIE BLÜTEN FALLEN NIEDER!"

Die Länder der Dritten Welt haben sich indessen weder von den Einsprüchen, Obstruktionen und Drohungen der Supermächte, noch von den heuchlerischen Sozialpartnerschaftsphrasen ihrer Unterläufel beeindrucken lassen, sondern in einem beharrlichen Kampf die Annahme ihrer wesentlichsten Standpunkte und Forderungen als offiziellen Beschluß der UNO durchgesetzt.*

Auch wenn der Weg von der Beschlußfassung bis zur effektiven Anwendung und Durchführung dieser Beschlüsse noch sehr weit und voller Windungen und Hindernisse ist, markieren sie dennoch einen grandiosen Erfolg der um ihre nationale und soziale Befreiung ringenden Völker und ein welthistorisches Ereignis. Der Verlauf der UNO-Vollversammlung über Entwicklungs- und Rohstoffprobleme bedeutet einen großen Sieg des vereinten Kampfes der Länder der Dritten Welt gegen Imperialismus und Hegemonismus, er bedeutet eine schwere Niederlage insbesondere der beiden Supermächte in ihrem Streben nach Weltherrschaft. "Da stehst Du machtlos da - die Blüten fallen nieder!" Dieses auf dem 10. Parteitag der KP Chinas in bezug auf die Lage des Imperialismus und Sozialimperialismus zitierte Dichterwort hat hier eine weitere glänzende Bestätigung erfahren.

---

* Auf Vorschlag des Vertreters des Iran, der eine zentristische Rolle spielte, wurden die beiden Dokumente ohne Durchführung einer besonderen Abstimmung zum Beschluß erhoben. Dieses Verfahren enthob die Supermächte und andere Imperialisten der Notwendigkeit, sich vollends zu demaskieren. Es erleichtert ihnen aber auch ihre Versuche, diese UNO-Beschlüsse als für sie nicht in allen Punkten als verbindlich zu behandeln, sie also womöglich leeres Papier bleiben zu lassen. Das ist jedoch kein fundamentaler Mangel, denn auch die Einhaltung von Beschlüssen, für die sie ausdrücklich gestimmt und die sie feierlich beschworen und unterschrieben haben, kann den Imperialisten nur durch unaufhörlichen Kampf aufgezwungen werden. (Anmerkg. d. Red.)

Für den so erfolgreichen Verlauf der Sondervollversammlung der UNO über Entwicklungs- und Rohstoffprobleme war es von hervorragender Bedeutung, daß die Vertreter des sozialistischen China vom Anfang an konsequent die Sache aller Entwicklungsländer verfochten und alle Sabotage-, Täuschungs- und Verschleppungsversuche der Supermächte bloßstellten und

durchkreuzten. Vor allem die grundsätzliche Rede, welche Genosse Teng Hsiao-ping, Stellvertretender Ministerpräsident der VR China und Leiter der chinesischen Delegation bei der Sondertagung, am 10. April 1974 in der Generaldebatte hielt, ist weit über den unmittelbaren Anlaß hinaus von Gewicht. Es lohnt sich, dieses richtungweisende Dokument der Außenpolitik des sozialistischen China aufmerksam zu studieren. Neben einer kristallklaren Darstellung und Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage entwirft diese Rede ein ebenso kühnes wie reales Programm der weltweiten Vereinigung im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus und der entschlossenen Lösung der großen Probleme, vor denen die Vielzahl der Völker der Welt heute steht. Es ist ein Dokument, das neuerlich veranschaulicht, wie energisch und folgerichtig das China Mao Tsetungs die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus in die Praxis seiner Außenpolitik umsetzt und das Maximum dessen leistet, was ein Land für die Sache der Revolution, der Befreiung und des Fortschritts in allen Ländern zu leisten vermag.

Die Probleme der Entwicklungsländer sind lösbar !

REDE DES GENOSSEN TENG HSIAO-PING, STELLV. MINISTERPRÄSIDENT DER VR CHINA, VOR DER UNO-VOLLVERSAMMLUNG AM 10. APRIL 1974

Wir drucken die Rede Teng Hsiao-pings, abgesehen von einer kurzen Einleitung und den Anreden zwischen den einzelnen Abschnitten, im vollen Wortlaut ab. Ihre Übersetzung haben wir der "Peking Rundschau" Nr. 15/1974 entnommen, uns aber erlaubt, auf Grund des Vergleichs mit der Hsinhua-Aussendung in englischer Sprache zwei Übertragungsfehler zu korrigieren. Der Haupttitel sowie alle Hervorhebungen und Unterstreichungen stammen von der Redaktion der "Roten Fahne".

●

Die Weltlage ist heute für die Entwicklungsländer und die Völker aller Länder äußerst günstig. Die auf dem Kolonialismus, dem Imperialismus und den Hegemoniebestrebungen basierende alte Ordnung wird immer stärker bestürmt und zersetzt. Die internationalen Beziehungen wandeln sich drastisch. Die ganze Welt ist in Unruhe geraten. Diesen Zustand nennen wir Chinesen "große Unordnung unter dem Himmel".

Die "Unordnung" ist der Ausdruck der ständigen Zuspitzung der verschiedenen grundlegenden Widersprüche der heutigen Welt, welche die Zersetzung und den Untergang der verfaulenden reaktionären Kräfte beschleunigt und das Erwachen und Erstarken der neu auftretenden Kräfte der Völker fördert.

In dieser Situation der "großen Unordnung unter dem Himmel" sehen sich alle politischen Kräfte einer drastischen Spaltung und Umgruppierung durch langwierigen Kräftevergleich und Kampf unterworfen. Zahlreiche Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben die Unabhängigkeit erlangt und spielen in den internationalen Angelegenheiten eine immer größere Rolle. Durch das Auftreten des Sozialimperialismus hat das nach dem II. Weltkrieg während einiger Zeit existierende sozialistische Lager zu bestehen aufgehört. Infolge des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus gerät auch der imperialistische Block im Westen in Auflösung.

Sieht man sich die Änderung der internationalen Beziehungen an, so gibt es heute in der Welt drei Teile, drei Welten, die sowohl voneinander abhängig sind, als auch in Widerspruch zueinander stehen. Die USA und die Sowjetunion bilden die Erste Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in anderen Gebieten bilden die Dritte Welt. Und die entwickelten Länder, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, bilden die Zweite Welt.

Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, trachten nach einer Vorherrschaft über den Erdball. Sie versuchen, jede auf ihre Weise, die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unter ihre Kontrolle zu bringen, und zugleich die entwickelten Länder, die ihnen machtmäßig nicht gewachsen sind, zu tyrannisieren.

Die beiden Supermächte sind die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker unserer Zeit. Sie sind die Quelle eines neuen Weltkriegs. Beide verfügen über eine große Zahl von Kernwaffen. Sie betreiben ein heftiges Wettrüsten, entsenden große Kontingente ihrer Truppen ins Ausland und errichten überall Militärbasen, was die Unabhängigkeit und Sicherheit aller Länder bedroht. Sie gehen auch weiterhin mit Kontrolle, Subversion, Intervention und Aggression gegen andere Länder vor. Beide beuten andere Länder wirtschaftlich aus, plündern deren Reichtum und reißen deren Ressourcen an sich. In der Tyrannisierung anderer tut sich vor allem jene Supermacht hervor, die sich mit dem Etikett des "Sozialismus" versehen hat. Sie entsandte Truppen zur Okkupation eines ihrer "Verbündeten", der

Tschechoslowakei, und zettelte den Krieg zur Zerstückelung Pakistans an. Wort und Tat klaffen bei ihr auseinander, sie ist wortbrüchig, selbstsüchtig und skrupellos.

Bei den entwickelten Ländern zwischen den Supermächten und den Entwicklungsländern liegen die Dinge kompliziert. Einige von ihnen unterhalten zu den Ländern der Dritten Welt heute noch kolonialistische Beziehungen in verschiedener Form, und ein Land wie Portugal übt sogar weiterhin eine barbarische Kolonialherrschaft aus. Diesem Zustand muß ein Ende gesetzt werden. Gleichzeitig unterstehen all diese entwickelten Länder selbst in verschiedenem Maße der Kontrolle, Bedrohung oder Tyrannisierung durch die eine oder andere Supermacht. Gewisse dieser Länder werden unter dem Vorwand einer sogenannten "Völkergemeinschaft" von einer Supermacht in Tat und Wahrheit zu Vasallenstaaten gemacht. Diese Länder haben in verschiedenem Maße den Wunsch, die Versklavung oder Kontrolle durch die Supermächte loszuwerden und die staatliche Unabhängigkeit und die Integrität ihrer Souveränität zu schützen.

Die Entwicklungsländer litten lange Zeit unter der Unterdrückung und Ausbeutung durch Kolonialismus und Imperialismus. Nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit sehen sich alle der historischen Aufgabe gegenüber, die noch verbleibenden Kräfte des Kolonialismus auszumerzen, die nationale Wirtschaft zu entwickeln und die nationale Unabhängigkeit zu festigen. Sie umfassen weite Gebiete der Erde, sie haben eine große Bevölkerung und reiche Ressourcen. Sie werden am stärksten unterdrückt und haben den stärksten Wunsch, gegen die Unterdrückung zu kämpfen. Sie streben am stärksten nach Befreiung und Entwicklung. Sie haben im Kampf für die nationale Befreiung und staatliche Unabhängigkeit eine gewaltige Kraft gezeigt und immer wieder glänzende Siege errungen.

Sie sind die revolutionäre Triebkraft, die das Rad der Weltgeschichte vorwärtsdreht. Sie sind die Hauptkraft, die sich dem Kolonialismus und dem Imperialismus, vor allem aber den Supermächten, entgegenstellt.

Da die beiden Supermächte um die Welthegemonie ringen, sind die Widersprüche zwischen ihnen unlösbar. Es gibt nur eine Alternative, die eine besiegt die andere, oder sie wird selbst besiegt. Die Kompromisse und die Zusammenarbeit zwischen ihnen sind nur partiell, zeitweilig und relativ, ihre Rivalität aber ist allumfassend, dauernd und absolut.

"Ausgewogene Abrüstung" oder "Beschränkung der strategischen Kernwaffen" - all das sind schließlich nur leere Phrasen. In Wirklichkeit gibt es weder "Ausgewogenheit" noch "Beschränkung". Die beiden können zwar gewisse Vereinbarungen erzielen, aber diese Vereinbarungen sind ein bloßer Schein, nichts als Lug und Trug. Dem Wesen nach zielen sie auf eine noch größere und heftigere Rivalität ab.

Der Wettstreit zwischen den Supermächten umfaßt den ganzen Erdball. Europa, wo sie sich konstant in gespannter Konfrontation gegenüberstehen, ist der strategische Schwerpunkt ihres Ringens. Ihre Rivalität im Mittleren Osten, im Mittelmeer, im Persischen Golf, im Indischen Ozean und im pazifischen Raum verschärft sich. Tag für Tag reden sie von Abrüstung, in der Tat aber betreiben sie jeden Tag die Aufrüstung. Tag für Tag faseln sie von "Entspannung", in der Tat aber schaffen sie jeden Tag Spannungen. Wo immer sie miteinander ringen, da kommt es zur Unruhe.

Solange Imperialismus und Sozialimperialismus existieren, wird es in dieser Welt keine Ruhe und keinen dauerhaften Frieden geben können.

Entweder kommt es zwischen ihnen zum Kampf der Hyänen oder die Völker erheben sich zur Revolution. Es ist so, wie es der Vorsitzende Mao Tsetung erläutert hat:

> "Die Gefahr eines neuen Weltkriegs bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution."

Die beiden Supermächte selbst haben ihre Gegenkraft geschaffen. Indem sie als Großmächte die kleinen Länder schikanieren, als starke Länder die schwachen Länder dominieren und als reiche Länder die armen Länder unterdrücken, haben sie in der Dritten Welt und bei allen Völkern starken Widerstand ausgelöst. Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben im Kampf gegen den Kolonialismus und den Imperialismus, und besonders gegen die Hegemoniebestrebungen, einen Sieg nach dem anderen errungen. Die Völker Indochinas marschieren im Kampf gegen die Aggression des US-Imperialismus und für die nationale Befreiung weiter voran. Die arabischen Völker und das palästinensische Volk haben im 4. Mittelost-Krieg die Kontrolle durch die beiden Supermächte und den Zustand von "weder Krieg noch Frieden" durchbrochen und gewaltige Siege über die israelischen Aggressoren davongetragen. Der Kampf der afrikanischen Völker gegen den Imperialismus, den Kolonialismus und die Rassendiskriminierung geht in die Tiefe. Die Republik Guinea-Bissau wurde ruhmreich in den Flammen des bewaffneten Kampfes ausgerufen. Der bewaffnete Kampf und die Massenbewegungen der Völker von Mozambique, Angola, Simbabwe, Namibia und Azania gegen die Kolonialherrschaft Portugals und gegen den weißen Rassismus in Südafrika und Südrhodesien entwickeln sich stürmisch. Der von den lateinamerikanischen Ländern initiierte Kampf zur Wahrung der maritimen Rechte hat sich zum weltweiten Kampf gegen die maritime Hegemonie der beiden Supermächte ausgeweitet. Die 10. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit, die 4. Gipfelkonferenz der blockfreien Länder, die arabische Gipfelkonferenz und die Gipfelkonferenz der islamischen Länder haben alle energisch den Imperialismus, den neuen und den alten Kolonialismus, die Hegemoniebestrebungen, den Zionismus und den Rassismus verurteilt und so den festen Willen und die Entschlossenheit der Entwicklungsländer demonstriert, im gemeinsamen Kampf gegen den verhaßten Feind die Einheit zu verstärken und sich gegenseitig zu unterstützen.

Die Länder und Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben durch ihren konsequenten Kampf die Schwäche des Imperialismus, besonders der Supermächte, bloßgestellt, die scheinbar stark, in Wirklichkeit aber

schwach sind. Sie haben deren Ambitionen, die Welt zu beherrschen, schwere Schläge versetzt.

Die Hegemoniebestrebungen und die Machtpolitik der beiden Supermächte haben auch bei den entwickelten Ländern der Zweiten Welt starke Unzufriedenheit hervorgerufen. Der Kampf dieser Länder gegen die Kontrolle, Einmischung, Bedrohung, Ausbeutung und Abwälzung der Wirtschaftskrisen von Seiten der Supermächte gewinnt von Tag zu Tag an Stärke. Dieser Kampf hat ebenfalls einen wichtigen Einfluß auf die Entwicklung der internationalen Lage.

Zahlreiche Tatsachen bestätigen, daß es keinen Grund dafür gibt, die beiden Despoten zu überschätzen und die Kraft der Völker zu unterschätzen. Nicht eine oder zwei Supermächte sind wirklich mächtig. Wirklich mächtig sind die Dritte Welt und die Völker aller Länder, die sich zusammenschließen und wagen, zu kämpfen und zu siegen.

Die Länder und Völker der Dritten Welt waren fähig, durch einen langen Kampf ihre politische Unabhängigkeit zu erlangen, und so werden sie auf dieser Grundlage sicher auch fähig sein, durch konsequenten Kampf die auf Ungleichheit, Kontrolle und Ausbeutung beruhenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen von Grund auf umzugestalten und die für eine unabhängige und selbständige Entwicklung der nationalen Wirtschaft unentbehrlichen Bedingungen zu schaffen, indem sie ihre Einheit verstärken und sich mit den von den Supermächten tyrannisierten Ländern und mit den Völkern der ganzen Welt zusammenschließen, einschließlich des amerikanischen und des sowjetischen Volkes.

•

Der Kern des Problems der Rohstoffe und der Entwicklung ist der Kampf der Entwicklungsländer für die Wahrung ihrer staatlichen Souveränität, für die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft und gegen die Ausplünderung und Kontrolle durch den Imperialismus, und besonders durch die Supermächte. Das ist ein äußerst wichtiges Merkmal des gegenwärtigen Kampfes der Länder und Völker der Dritten Welt gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniebestrebungen.

Wie allen bekannt ist, haben Kolonialismus und Imperialismus in den vergangenen Jahrhunderten die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas skrupellos versklavt und ausgeplündert. Sie beuteten die billigen Arbeitskräfte der Völker und die reichen Ressourcen dieser Gebiete aus und zwangen ihnen eine unausgewogene, auf Einseitigkeit basierende Wirtschaft auf. Sie machten Extraprofite, indem sie die Agrarprodukte und Bodenschätze zu niedrigen Preisen an sich rissen, ihre Industriewaren zu Dumpingpreisen auf die lokalen Märkte warfen, die lokalen nationalen Industrien erdrosselten und einen Austausch von ungleichen Werten betrieben.

Der Reichtum der entwickelten Länder und die Armut der Entwicklungsländer sind die Folge dieser Ausplünderungspolitik von Kolonialismus und Imperialismus.

In vielen asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern werden auch nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit die Lebensadern der Wirtschaft noch in verschiedenem Grad von Kolonialismus und Imperialismus kontrolliert; ihre Wirtschaftsstruktur wurde nicht von Grund auf geändert. Die Imperialisten, vor allem die Supermächte, beuten die Entwicklungsländer in der Form des Neokolonialismus auf verstärkte Weise aus und plündern sie. Sie exportieren Kapital in die Entwicklungsländer. Sie errichten durch internationale Monopolorganisationen wie "supranationale Gesellschaften" jeweils einen "Staat im Staate", mit denen sie wirtschaftlich plündern und politisch intervenieren. In Ausnutzung ihrer Monopolstellung auf dem internationalen Markt erhöhen sie die Exportpreise für ihre eigenen Erzeugnisse und drücken die Preise der Rohstoffe aus den Entwicklungsländern, was ihnen Extraprofite bringt. Mit der Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Krisen des Kapitalismus und der zunehmenden Rivalität zwischen ihnen intensivieren sie die Ausplünderung der Entwicklungsländer noch, indem sie ihre Wirtschafts- und Währungskrisen auf diese abwälzen.



DIE VERTRETER ZAHLREICHER ENTWICKLUNGSLÄNDER UMRINGEN GENOSSEN TENG HSIAO-PING (Bildmitte vorn) NACH SEINER PROGRAMMATISCHEN REDE UND BEGLÜCKWÜNSCHEN IHN DAZU HERZLICHST

Es muß unterstrichen werden, daß die eine Supermacht sich zwar "sozialistischer Staat" nennt, doch deswegen bei der neokolonialistischen wirtschaftlichen Ausplünderung keineswegs zurücksteht. Unter dem Aushängeschild der "wirtschaftlichen Zusammenarbeit" und der "internationalen Arbeitsteilung" wendet sie in ihrer "Völkergemeinschaft" äußerst starke Druckmittel an, um Extraprofite herauszupressen. Der Grad, in dem sie auf Kosten anderer Profite macht, ist selbst bei anderen imperialistischen Staaten selten zu finden. Die "gemeinsamen Betriebe", die sie unter der Flagge der "Hilfe" und "Unterstützung" in einigen Ländern errichtet hat, sind in Wirklichkeit nur eine Kopie der "supranationalen Gesellschaften". Sie pflegt, ihre veralteten Anlagen und veralteten Waffen zu überhöhten Preisen gegen strategisch bedeutsame Rohstoffe und gegen Agrarprodukte der Entwicklungsländer einzutauschen. Indem sie Waffen in großem Stil verkauft, ist sie zu einem internationalen Waffenhändler geworden. Oft benutzt sie die Schwierigkeiten anderer, um auf die Rückzahlung der Schulden zu drängen. Im jüngsten Mittelost-Krieg hat sie durch den Waf-

fenhandel Riesensummen in Devisen erlangt, mit denen sie sich über Nacht beträchtlich bereicherte, indem sie zu niedrigem Preis arabisches Erdöl erwarb und es zu hohem Preis weiterverkaufte.

Darüber hinaus macht sie auch Reklame für die Theorie von der "begrenzten Souveränität" und faselt, die Ressourcen der Entwicklungsländer seien internationales Eigentum. Sie versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß "die Souveränität der Entwicklungsländer über ihre Naturressourcen in hohem Grad von der Fähigkeit ihrer Industrie abhängt, diese Ressourcen zu nutzen". Das ist eine nackte imperialistische Theorie, unverhüllter noch als die von der anderen Supermacht gepredigte These von der "gegenseitigen Abhängigkeit", welche nur die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten meint.

Ein wirklich sozialistischer Staat müßte eigentlich gemäß den Prinzipien des Internationalismus die unterdrückten Länder und Nationen aufrichtig unterstützen und ihnen dabei helfen, die nationale Wirtschaft zu entwickeln. Diese Supermacht aber tut genau das Gegenteil. Das beweist erneut, daß sie Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat ist.

Die Ausplünderung und Ausbeutung durch Kolonialismus und Imperialismus, vor allem aber durch die Supermächte, läßt die armen Länder immer ärmer und die reichen Länder immer reicher werden. Der Abstand zwischen den armen und den reichen Ländern wird immer größer.

Der Imperialismus ist das größte Hindernis für die Befreiung der Entwicklungsländer und ihren Fortschritt. Es ist völlig gerecht, daß die Entwicklungsländer das wirtschaftliche Monopol des Imperialismus und die Ausplünderung durch diesen durchbrechen, dieses Hindernis beseitigen und alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Verfügung über die wirtschaftlichen Ressourcen und die anderen Rechte und Interessen ihrer Länder zu verteidigen.

Die Aktionen des Imperialismus, vor allem der Supermächte, können die Entwicklungsländer nicht daran hindern, erfolgreich auf dem Weg zur wirtschaftlichen Befreiung voranzuschreiten. Im jüngsten Mittelost-Krieg standen die arabischen Länder fest zusammen und versetzten mit der Erdölwaffe dem Zionismus und dessen Unterstützern schwere Schläge. Sie handelten richtig und waren im Recht. Das war eine Pioniertat der Entwicklungsländer in ihrem Kampf gegen den Imperialismus. Es hat den Kampfeswillen der Völker der Dritten Welt beträchtlich angespornt und auch die Arroganz des Imperialismus beträchtlich gedämpft. Diese Tat hat das seit langem bestehende internationale Wirtschaftsmonopol des Imperialismus durchbrochen und die große Macht des vereinten Kampfes der Entwicklungsländer auch klar gezeigt.

Warum sollen denn die Entwicklungsländer sich nicht zusammenschließen können, um das Monopol des Imperialismus zu zerschlagen und ihre wirtschaftlichen Rechte und Interessen zu verteidigen, wenn schon die imperialistischen Monopole sich zusammentun können, um den Markt nach Belieben zu manipulieren, was die lebenswichtigen Interessen der Entwicklungsländer ernstlich gefährdet? Der Ölkampf hat den Horizont der Menschen erweitert. Was im Ölkampf erreicht worden ist, soll und kann auch im Fall anderer Rohstoffe getan werden.

Ferner muß unterstrichen werden, daß sich die Bedeutung des Kampfes der Entwicklungsländer zur Verteidigung ihrer Naturressourcen keinesfalls nur auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt. Um der Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und Rivalität um die Welthegemonie willen müssen die Supermächte unausbleiblich die Ressourcen der Dritten Welt ungezügelt ausplündern. Die Kontrolle und der Schutz ihrer Ressourcen durch die Entwicklungsländer sind notwendig nicht nur für die Festigung ihrer politischen Unabhängigkeit und die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft, sondern auch für den Kampf gegen die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen der Supermächte und die Verhütung von durch diese entfesselten Aggressionskriegen.

●

Wir vertreten die Ansicht, daß die allerwichtigste Voraussetzung für die Entwicklung der Wirtschaft der Länder der Dritten Welt die Wahrung der politischen Unabhängigkeit ist. Die Erlangung der politischen Unabhängigkeit bedeutet für ein Volk nur den ersten Schritt, es muß dann diese Unabhängigkeit festigen, weil es in seinem Land Überreste der kolonialistischen Kräfte gibt und die Gefahr einer Subversion und Aggression durch den Imperialismus und die Hegemoniebestrebungen noch weiterbestehen. Die Konsolidierung der politischen Unabhängigkeit muß einen Prozeß wiederholter Kämpfe durchmachen. Mit einem Wort, die politische und die wirtschaftliche Unabhängigkeit sind nicht voneinander zu trennen. Ohne die politische Unabhängigkeit kann man die wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht erlangen; ohne die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Unabhängigkeit eines Landes unvollständig und unstabil.

Die Entwicklungsländer haben ein großes Potential für die unabhängige Entwicklung ihrer Wirtschaft. Wenn ein Entwicklungsland entsprechend seinen Gegebenheiten und Bedingungen den Weg der Unabhängigkeit und Selbständigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft beschreitet und sich unermüdlich anstrengt, ist es ohne weiteres in der Lage, in der Modernisierung der Industrie und der Landwirtschaft Schritt für Schritt ein Niveau zu erreichen, das unsere Vorgänger nie gekannt haben. Die vom Imperialismus im Zusammenhang mit dem Problem der Entwicklung der Entwicklungsländer verbreiteten pessimistischen und Tatenlosigkeit ausdrückenden Ansichten sind alle unbegründet und hinterhältig.

Das Vertrauen auf die eigene Kraft, wie wir es nennen, bedeutet, sich vorwiegend auf die Kraft und Weisheit des eigenen Volkes zu verlassen, die wirtschaftlichen Lebensadern des eigenen Landes selbst in der Hand zu haben, die eigenen Ressourcen optimal zu nutzen, unter Anspannung aller Kräfte den Getreideertrag zu steigern und planmäßig und schritt-

weise die nationale Wirtschaft des Landes zu entwickeln. Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft - dies bedeutet keinesfalls, sich von der Praxis des jeweiligen Landes loszulösen, im Gegenteil, entsprechend den konkreten Bedingungen jedes einzelnen Landes und jeweils gemäß den unterschiedlichen Verhältnissen soll der Weg des Vertrauens auf die eigene Kraft für jedes einzelne Land festgelegt werden. Im gegenwärtigen Stadium müssen die Entwicklungsländer, wenn sie die nationale Wirtschaft zu entwickeln beabsichtigen, vor allem ihre Naturressourcen in die Hand nehmen und sich schrittweise von der Kontrolle durch das ausländische Kapital befreien.

Die Rohstoffproduktion macht einen relativ großen Teil der Volkswirtschaft vieler Entwicklungsländer aus. Wenn diese Länder die Produktion der Rohstoffe, ihre Nutzung, ihren Verkauf, ihre Lagerung und nicht zuletzt ihren Transport in die eigenen Hände nehmen, sie auf der Basis gleichberechtigter Handelsbeziehungen zu vernünftigen Preisen verkaufen und dafür mehr für die Entwicklung ihrer industriellen und landwirtschaftlichen Produktion notwendige Erzeugnisse eintauschen, dann können sie nach und nach die vor ihnen liegenden Schwierigkeiten überwinden und einer baldigen Befreiung von Armut und Rückständigkeit den Weg ebnen.

Das Vertrauen auf die eigene Kraft bedeutet keinesfalls sich einzumauern und ausländische Hilfe abzulehnen. Wir vertreten seit je die Auffassung: Es ist für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft von Nutzen und notwendig, daß alle Länder unter den Bedingungen der Respektierung der staatlichen Souveränität, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie des Austausches von beiderseitig benötigten Dingen den wirtschaftlichen und technischen Austausch aufnehmen und mit den Vorteilen anderer Länder die eigenen Nachteile überwinden.

Hierbei möchten wir speziell betonen, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern von besonders großer Bedeutung ist. Die Länder der Dritten Welt teilten in der Vergangenheit das gleiche Geschick und sehen sich heute der gemeinsamen Aufgabe des Kampfes gegen den Kolonialismus und Neokolonialismus sowie gegen die Hegemoniebestrebungen der Großmächte, für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und für den Aufbau ihrer Länder gegenüber. Wir haben allen Grund, uns noch enger zusammenzuschließen, aber keinen einzigen Grund, uns zu entfremden.

Die Imperialisten, insbesondere die Supermächte, versuchen, zeitweilige Differenzen zwischen uns Entwicklungsländern auszunutzen, um Zwietracht zu säen und unsere Einheit zu sabotieren. Dahinter steckt die Absicht, ihre Manipulation, Kontrolle und Ausplünderung fortsetzen zu können. Wir müssen äußerst wachsam sein. Differenzen zwischen uns Entwicklungsländern können und sollen durch Konsultationen der betreffenden Parteien gelöst werden. In der Frage des Erdöls sind die betreffenden Entwicklungsländer ernsthaft darum bemüht, angemessene Wege zu einer vernünftigen Lösung zu finden. Wir sind darüber sehr erfreut. Wir Entwicklungsländer müssen uns gegenseitig nicht nur politisch unterstützen, sondern auch wirtschaftlich helfen. Die Zusammenarbeit zwischen uns basiert auf wirklicher Gleichberechtigung und hat daher großartige Aussichten.

●

Die Länder der Dritten Welt fordern energisch, die gegenwärtig ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu ändern. Sie haben zu diesem Zweck viele vernünftige Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk begrüßen alle gerechten Vorschläge der Länder der Dritten Welt herzlich und unterstützen sie entschieden.

Wir treten dafür ein, daß die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten ausnahmslos auf den fünf Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils sowie der friedlichen Koexistenz beruhen müssen. Wir sind dagegen, daß irgendein Land diesen Prinzipien zuwiderhandelt, indem es in irgendeinem Gebiet seine Hegemonie errichtet oder sich eine Einflußsphäre schafft.

Wir befürworten, daß die Angelegenheiten eines Landes vom Volk dieses Landes selbst geregelt werden. Die Völker der Entwicklungsländer haben das Recht, ihr Gesellschafts- und Wirtschaftssystem selbst zu wählen und selbst zu bestimmen. Wir unterstützen die Souveränität der Entwicklungsländer über ihre Naturressourcen und die Ausübung dieser Souveränität. Wir unterstützen die Handlungen der Entwicklungsländer, mit denen sie alles ausländische Kapital, vor allem die supranationalen Gesellschaften, unter ihre Kontrolle bringen, bis hin zur Verstaatlichung. Wir unterstützen die Auffassung der Entwicklungsländer, daß sie die nationale Wirtschaft durch "individuelles oder kollektives Vertrauen auf die eigene Kraft" entwickeln müssen.

Wir befürworten, daß alle Staaten, ob groß oder klein, arm oder reich, gleichberechtigt sein sollen und daß die internationalen wirtschaftlichen Angelegenheiten von allen Ländern der Welt gemeinsam geregelt, nicht aber von einer oder den zwei Supermächten monopolisiert werden dürfen. Wir unterstützen das volle Recht der Entwicklungsländer, die die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung umfassen, bei allen internationalen Beschlüssen mitbestimmen zu können, die Handel, Währung, Schiffahrt usw. betreffen.

Wir sind der Ansicht, daß der Welthandel auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie des Austausches von beiderseitig benötigten Dingen basieren muß. Wir unterstützen die nachdrückliche Forderung der Entwicklungsländer nach Verbesserung der Handelsbeziehungen bei Rohstoffen, Primärprodukten, Halbfabrikaten und Fertigwaren, nach Erweiterung der Absatzmärkte, nach Festlegung von gerechten und günstigen Preisen usw.

Wir unterstützen die Gründung von verschiedenen Organisationen rohstoffexportierender Länder durch Entwicklungsländer, mit

denen sie vereint gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniebestrebungen kämpfen.

Wir treten dafür ein, daß bei wirtschaftlicher Hilfe an die Entwicklungsländer die Souveränität der Empfängerländer strikt respektiert werden muß und keine politische und militärische Bedingung gestellt, keine Privilegien gefordert oder Extraprofite gemacht werden dürfen. Kredite an die Entwicklungsländer sollen ohne oder mit nur niedrigen Zinsen vergeben werden und, wenn nötig, soll die Rückzahlung der Schulden und Zinsen gestundet, ja sogar reduziert oder erlassen werden. Wir bekämpfen die Praxis, die Entwicklungsländer unter Mißbrauch der Hilfe durch Wucherzinsen auszubeuten und zu erpressen.

Wir fordern, daß die an die Entwicklungsländer weitergegebene Technologie praktisch, wirksam, billig und zweckmäßig ist. Die Fachleute und das andere Personal, welche in die Entwicklungsländer entsandt werden, sind verpflichtet, den Volksmassen der Empfangsländer nach Kräften die Technik zu vermitteln, und die Gesetze und die nationalen Sitten und Gebräuche dieser Länder zu respektieren. Sie dürfen keine privilegierte Behandlung verlangen, und noch weniger dürfen sie gegen die Gesetze verstoßen.

●

China ist ein sozialistischer Staat, und es ist auch ein Entwicklungsland. China gehört zur Dritten Welt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk, die sich stets von den Lehren des Vorsitzenden Mao leiten lassen, unterstützen entschieden alle unterdrückten Völker und Nationen im Kampf zur Erlangung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft sowie gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniebestrebungen. Das ist unsere internationalistische Pflicht. China ist keine Supermacht und wird es auch in Zukunft nicht sein.

Was ist eine Supermacht? Eine Supermacht ist ein imperialistisches Land, das überall mit Aggression, Intervention, Kontrolle, Subversion und Ausplünderung gegen andere Länder vorgeht und die Vorherrschaft über die Welt anstrebt.

Wird in einem großen sozialistischen Land der Kapitalismus restauriert, wird es sich unvermeidlich in eine Supermacht verwandeln. Die Große Proletarische Kulturrevolution der vergangenen Jahre und die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, die zur Zeit ganz China erfaßt, sind darauf gerichtet, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern, das sozialistische China davor zu bewahren, daß es die Farbe wechselt, und sicherzustellen, daß China immer auf der Seite der unterdrückten Völker und Nationen steht.

Sollte China eines Tages die Farbe wechseln, sich in eine Supermacht verwandeln und ebenfalls in der ganzen Welt wie ein Tyrann herumkommandieren, überall die anderen demütigen, angreifen und ausbeuten, dann müssen die Völker der Welt diesem China das Schild des Sozialimperialismus umhängen, es entlarven, bekämpfen und mit dem chinesischen Volk gemeinsam es niederschlagen.

●

Die Geschichte entwickelt sich im Kampf, die Welt marschiert inmitten von Unrast voran. Die Imperialisten, und besonders die Supermächte, haben nichts als Schwierigkeiten und gehen dem Untergang entgegen. Die Staaten wollen die Unabhängigkeit, die Nationen wollen die Befreiung, die Völker wollen die Revolution - das ist der unwiderstehliche Strom der Geschichte. Wir sind davon überzeugt, daß die Länder und Völker der Dritten Welt immer wieder neue Siege erringen werden, wenn sie ihre Einheit verstärken, sich mit allen Kräften vereinigen, mit denen sie das tun können, und im langwierigen Kampf ausharren.

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)



Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ) Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64/5. Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion (Adresse wie oben, Telefon 92 33 88). Jahresabonnement (12 Nummern) S 50,-; Halbjahresabonnement (6 Nummern) S 30,-. Auslandsabonnement ö.S. 73,- oder DM 10,-. Verteiler-Rabatte lt. Anfrage. Postscheckkonto 173 848 1.

